

Beteiligentransparenzdokumentation

Elftes Gesetz zur Änderung des Thüringer Kommunalabgabengesetzes - Ermöglichung degressiver Müllgebührengestaltung

Einbringer: **Fraktion der CDU**

(Drucksache 7/935)

Inhalt

- 1. Drucksache**
- 2. Vom Einbringer übersandte Daten (Vom Einbringer wurden bisher keine Daten übersandt.)**
- 3. Im Rahmen des parlamentarischen Anhörungsverfahrens eingebrachte Beiträge**
- 4. Eigeninitiativ eingebrachte Beiträge**
- 5. Weitere Beiträge (Keine Dokumente vorhanden)**
- 6. Diskussionsforum (Keine Dokumente vorhanden)**

Gemäß § 1 Abs. 1 Thüringer Beteiligentransparenzdokumentationsgesetz (ThürBeteildokG) wird beim Landtag eine öffentliche Liste der an Gesetzgebungsverfahren beteiligten natürlichen und juristischen Personen geführt (Beteiligentransparenzdokumentation). Dieses Dokument wurde aus den zum Gesetzgebungsverfahren in der Beteiligentransparenzdokumentation vorhandenen Dokumenten und Informationen zum Zweck des Downloads automatisch erstellt.

Stand: 12. Juni 2023

1. Drucksache

G e s e t z e n t w u r f

der Fraktion der CDU

Elftes Gesetz zur Änderung des Thüringer Kommunalabgabengesetzes - Ermöglichung degressiver Müllgebührengestaltung

A. Problem und Regelungsbedürfnis

Der Zweckverband Abfallwirtschaft Saale-Orla (ZASO) hat über viele Jahre Satzungen verabschiedet, in denen die Grundgebühren für die Abfallentsorgung privater Haushalte sich mit zunehmender Anzahl der in den Haushalten lebenden Personen lediglich degressiv erhöhte. Dies kam insbesondere größeren Familien zugute. Das Thüringer Landesverwaltungsamt genehmigte die entsprechenden Satzungen bis einschließlich 2016. In einer überörtlichen Prüfung der "Abfallbewirtschaftung in Thüringen - Analyse der Aufgabenwahrnehmung durch Zweckverband Abfallwirtschaft Saale-Orla" beanstandete der Thüringer Rechnungshof am 15. Mai 2018 diese Praxis jedoch und bestand auf einer linearen Ausgestaltung der Grundgebühren. Der Thüringer Rechnungshof argumentierte, das Thüringer Kommunalabgabengesetz (ThürKAG) gestatte "progressive oder degressive Gebührenbemessungen lediglich für die Bereiche der Wasserversorgung und Abwasserbeseitigung" (§ 12 Abs. 5 ThürKAG).

Im Ergebnis haben insbesondere kinderreiche Familien höhere Grundgebühren zu entrichten, obgleich die verbrauchsunabhängigen Vorhaltekosten für die Müllentsorgung pro Haushalt unabhängig von der Personenzahl im Wesentlichen gleich sind. Überdies schränkt die Feststellung des Thüringern Rechnungshofs die Gestaltungsfreiheit der Gemeinden, Städte und Landkreise bei der Ausgestaltung einer wesentlichen Säule der öffentlichen Daseinsvorsorge unnötig ein. Daher muss eine eindeutige gesetzliche Grundlage für eine degressive Bemessung der Grundgebühren geschaffen werden, damit die Aufgabenträger bei entsprechendem politischen Willen davon Gebrauch machen können.

B. Lösung

Aufnahme einer Regelung für degressive Grundgebühren bei der Abfallentsorgung in das Thüringer Kommunalabgabengesetz, die nach Ermessen der Aufgabenträger genutzt werden kann.

C. Kosten

Keine

**Elftes Gesetz zur Änderung des Thüringer Kommunalabgabengesetzes -
Ermöglichung degressiver Müllgebührengestaltung**

Der Landtag hat das folgende Gesetz beschlossen:

Artikel 1

§ 12 Abs. 2 des Thüringer Kommunalabgabengesetzes in der Fassung vom 19. September 2000 (GVBl. S. 301), das zuletzt durch Gesetz vom 10. Oktober 2019 (GVBl. S. 396) geändert worden ist, wird wie folgt geändert:

1. Satz 4 Halbsatz 2 erhält folgende Fassung:

"Grundgebühren für die Abfallentsorgung können degressiv bemessen werden."

2. Nach Satz 4 wird folgender Satz angefügt:

"Bei der Wasserversorgung und der Abwasserbeseitigung ist die Erhebung einer Mindestgebühr unzulässig."

Artikel 2

Dieses Gesetz tritt am Tage nach der Verkündung in Kraft.

Begründung:

Die vom Thüringer Rechnungshof im Mai 2018 beanstandete degressive Gestaltung von Grundgebühren für die private Abfallentsorgung belastet personenstärkere Haushalte, insbesondere kinderreiche Familien, und schränkt zugleich kommunalpolitische Gestaltungsmöglichkeiten unnötig ein. Im Falle des Zweckverbands Abfallwirtschaft Saale-Orla wird damit eine auch durch das Thüringer Landesverwaltungsamt bis zum Jahr 2016 nie beanstandete satzungsrechtliche Praxis beendet.

Tatsache ist, dass unabhängig von der Personenanzahl in einem Haushalt die den Grundgebühren zugrundeliegenden Vorhaltekosten im Wesentlichen gleich sind: die Anfahrkosten und die Abfahrkosten eines Hausmüllsammelfahrzeugs, die Lohnkosten der Beschäftigten auf dem Müllsammelfahrzeug des Sammelunternehmens, die Ausfertigung eines Gebührenbescheids für einen Haushalt und die Veröffentlichung der amtlichen Mitteilungen des Verbands.

Nach den Ausführungen des Thüringer Rechnungshofs ist es für Gemeinden, Städte und Landkreise als Träger der Abfallwirtschaft rechtlich nicht mehr möglich, Grundgebühren für die Abfallentsorgung familienfreundlich auszugestalten. Durch einen klarstellenden Satz in § 12 Abs. 2 ThürKAG wird eine Rechtsgrundlage für diese Möglichkeit geschaffen.

Damit wird zugleich dem Grundsatz in § 12 Abs. 2 Satz 1 ThürKAG Rechnung getragen, demzufolge das Gebührenaufkommen die nach betriebswirtschaftlichen Grundsätzen ansatzfähigen Kosten decken soll.

Für die Fraktion:

Prof. Dr. Voigt

2. Vom Einbringer übersandte Daten

(Vom Einbringer wurden bisher keine Daten übersandt.)

3. Im Rahmen des parlamentarischen Anhörungsverfahrens eingebrachte Beiträge

Die folgenden natürlichen und juristischen Personen haben sich im Rahmen des parlamentarischen Anhörungsverfahrens beteiligt.

Thüringer Rechnungshof

Dr. Werner Thomas

Gemeinde- und Städtebund Thüringen e.V.

Selbstverwaltung für Thüringen e.V.

Bürgerallianz Thüringen gegen überhöhte Kommunalabgaben e.V.

Verband kinderreicher Familien Deutschland e.V.

Deutscher Familienverband Landesverband Thüringen e. V.

Thüringischer Landkreistag e. V.

Verband Deutscher Grundstücksnutzer e.V.

Die Beiträge der Beteiligten sind in der Beteiligentransparenzdokumentation nur enthalten, wenn die Zustimmung zur Veröffentlichung erteilt wurde.

**Formblatt zur Datenerhebung
nach § 5 Abs. 1 des Thüringer Beteiligungstransparenzdokumentationsgesetzes**

Jede natürliche oder juristische Person, die sich mit einem schriftlichen Beitrag an einem Gesetzgebungsverfahren beteiligt hat, ist nach dem Thüringer Beteiligungstransparenzdokumentationsgesetz verpflichtet, die nachfolgend erbetenen Angaben – soweit für sie zutreffend – zu machen.

Die Informationen in den folgenden Feldern 1 bis 6 werden als verpflichtende Mindestinformationen im Internet veröffentlicht. Wenn Sie Ihre Zustimmung in Feld 7 zur Veröffentlichung Ihres inhaltlichen Beitrags geben, wird auch Ihr Beitrag auf den Internetseiten des Thüringer Landtags veröffentlicht.

Bitte gut leserlich ausfüllen und zusammen mit der Stellungnahme senden!

Bezeichnung des Gesetzgebungsentwurfs	
Elftes Gesetz zur Änderung des Thüringer Kommunalabgabengesetzes – Ermöglichung degressiver Müllgebührengestaltung	
1.	bei natürlichen Personen
	Name
	Vorname
bei juristischen Personen	Name
	Organisationsform
	Thüringer Rechnungshof
2.	bei natürlichen Personen
	Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse <input type="checkbox"/> (Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird nicht veröffentlicht.)
	Straße, Hausnummer
	Postleitzahl, Ort
	bei juristischen Personen
	Geschäfts- oder Dienstadresse
	Straße, Hausnummer
	Burgstraße 1
	Postleitzahl, Ort
3.	Schwerpunkt der inhaltlichen oder beruflichen Tätigkeit der natürlichen oder juristischen Person
	Finanzkontrolle

4.	Zusammenfassung der wesentlichen Inhalte des Beitrags Stellungnahme <p>Der Rechnungshof empfiehlt, den Gesetzentwurf abzulehnen. Er verstößt gegen den verfassungsrechtlich geregelten Gleichheitsgrundsatz. Ein Ausgleich sozialer politischer Anliegen ist der Sozialgesetzgebung vorbehalten. Das aktuelle Thüringer Kommunalabgabenrecht beinhaltet bereits die Maßgabe, Gebühren nach dem Verursacherprinzip zu bemessen. Die verursachergerechte Kostenverteilung ist ein Anreiz, Abfall zu sparen. Zur Abfallvermeidung könnte der Gesetzgeber zudem auch für Abfallgebühren eine Progression vergleichbar mit der für Wasserversorgung und Abwasserentsorgung ins Thüringer Kommunalabgabengesetz aufnehmen.</p>	
5.	nur soweit zutreffend: für den Fall einer Eigeninitiative Anlass der Stellungnahme Form der Stellungnahme <input checked="" type="checkbox"/> schriftlich <input checked="" type="checkbox"/> per E-Mail	
6.	nur soweit zutreffend: bei Anwaltskanzleien Benennung des Auftraggebers 	
7.	Ich stimme der Veröffentlichung meines Beitrags auf den Internetseiten des Thüringer Landtags zu. <input checked="" type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/> nein	

☒ Ich versichere die Richtigkeit und Vollständigkeit der Angaben. Änderungen in den mitgeteilten Daten werde ich unverzüglich und unaufgefordert bis zum Abschluss des Gesetzgebungsverfahrens mitteilen.

Ort, Datum Rudolstadt, 07.09.2020	Unterschrift
---	-----------------------------

THÜR. LANDTAG POST
07.09.2020 16:20

20841/20



Der Präsident

Thüringer Rechnungshof · Postfach 10 01 37 · 07391 Rudolstadt

Präsidentin des Thüringer Landtags
Frau Birgit Keller
Jürgen-Fuchs-Straße 1
99096 Erfurt

Durchwahl:

vorab per E-Mail: poststelle@landtag.thueringen.de

Ihr Zeichen:

**Anhörungsverfahren des Innen- und Kommunalausschusses gemäß
§§ 79 und 111 Abs. 4 der Geschäftsordnung des Thüringer Landtags**
Elftes Gesetz zur Änderung des Thüringer Kommunalabgabengesetzes –
Ermöglichung degressiver Müllgebührengestaltung
Gesetzentwurf der Fraktion der CDU
- Drucksache 7/935 -

Ihre Nachricht vom:
13. Juli 2020

Unser Zeichen:

Rudolstadt
7. September 2020

Sehr geehrte Frau Präsidentin,

mit der Bitte um Weiterleitung an die Mitglieder des Innen- und Kommunalausschusses des Thüringer Landtags erhalten Sie zum oben genannten Beratungsgegenstand die Äußerung des Thüringer Rechnungshofs sowie das Formblatt zur Datenerhebung.

Mit freundlichen Grüßen

2 Anlagen



Präsident

Thüringer Rechnungshof • Postfach 10 01 37 • 07391 Rudolstadt

Durchwahl

Thüringer Landtag
Innen- und Kommunalausschuss
Jürgen-Fuchs-Straße 1
99096 Erfurt

Ihr Zeichen

Ihre Nachricht vom
13. Juli 2020

Unser Zeichen

**Elftes Gesetz zur Änderung des Thüringer Kommunalabgabengesetzes
– Ermöglichung degressiver Müllgebührengestaltung**

Stellungnahme des Rechnungshofs zum Gesetzentwurf der CDU-Fraktion –
DS 7/935

Rudolstadt
7. September 2020

Sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete,

zum o. g. Gesetzesentwurf nehmen wir wie folgt Stellung:

Benutzungsgebühren sollen erhoben werden, wenn und soweit eine Einrichtung überwiegend dem Vorteil einzelner Personen oder Personengruppen dient (sog. Pflichtgebühren).¹ Dies gilt insbesondere für:

- die öffentliche Wasserversorgung,
- die öffentliche Abwasserbeseitigung sowie
- die öffentliche Abfallentsorgung.

Die Gebühren sind nach dem Ausmaß zu bemessen, in dem die Gebührenschuldner die öffentliche Einrichtung oder das kommunale Eigentum benutzen; sonstige Merkmale können zusätzlich berücksichtigt werden, wenn öffentliche Belange dies rechtfertigen². Als solches zusätzliche Merkmal lässt das Thüringer Kommunalabgabengesetz (ThürKAG) für die Bereiche der öffentlichen Wasserversorgung und der öffentlichen Abwasserbeseitigung neben einer progressiven, insbesondere auch eine degressive Gebührenbemessung zu.³ Voraussetzung für degressive Gebühren ist, dass bei zunehmender Leistungsmenge eine Kostendegression eintritt.⁴ Der Grund für eine mögliche Kostendegression in der Wasserversorgung und Abwasserbeseitigung ist die Kostenstruktur der öffentlichen Aufgabe. Eine vergleichbare Kostendegression liegt bei der Abfallentsorgung regelmäßig nicht vor.

¹ § 12 Abs. 1 ThürKAG.

² § 12 Abs. 4 ThürKAG.

³ § 12 Abs. 5 Satz 2 ThürKAG.

⁴ § 12 Abs. 5 Satz 3 ThürKAG.

Mit der vorliegenden Initiative soll es den kommunalen Aufgabenträgern ermöglicht werden, auch für die Abfallentsorgung degressive Gebühren zu erheben.

Ihre Fragen beantworten wir wie folgt:

Ist, wie im Gesetzentwurf vorgesehen, die Aufnahme einer Regelung für degressive Grundgebühren bei der Abfallentsorgung in das Thüringer Kommunalabgabengesetz verfassungsrechtlich abgesichert? Unter welchen Voraussetzungen kann eine Regelung für degressive Grundgebühren insbesondere unter sozialen Aspekten gesetzlich verankert werden?

Es gibt keinen eigenständigen verfassungsrechtlichen Gebührenbegriff, aus dem sich unmittelbar Prüfungskriterien für die Verfassungsmäßigkeit von Gebührenmaßstäben, -sätzen oder -höhen ergäben. Ihrem Wesen nach sind Gebühren gleichwohl öffentlich-rechtliche Geldleistungen, die aus Anlass individuell zurechenbarer, öffentlicher Leistungen dem Gebührenschuldner durch eine öffentlich-rechtliche Norm oder sonstige hoheitliche Maßnahme auferlegt werden und dazu bestimmt sind, in Anknüpfung an diese Leistung deren Kosten ganz oder teilweise zu decken.⁵

Allerdings existieren aus der Verfassung hergeleitete rechtliche Prinzipien, welche die Aufgabenträger bei der Gebührenkalkulation und der Gebührenerhebung berücksichtigen müssen. Als wesentlich gelten der allgemeine Gleichheitssatz des Art. 3 Abs. 1 GG⁶, das Äquivalenzprinzip als Ausprägung des Verhältnismäßigkeitsgrundsatzes und der Grundsatz der Normenklarheit⁷.

Neben den bundesgesetzlich normierten Prinzipien der Gebührenbemessung existieren landesgesetzliche Vorgaben, die die Aufgabenträger bei der Gestaltung von Gebührentatbeständen, Gebührenmaßstäben und der Kalkulation der Gebührenhöhe zu berücksichtigen haben. Das Kostendeckungsprinzip⁸ sowie das Prinzip der Leistungsproportionalität⁹ sind dem Landesrecht zu entnehmen. Zudem können Gebühren auch zur Verhaltenslenkung¹⁰ der Nutzer dienen.

Bei der Bewertung der vorgenannten Prinzipien ist zwischen freiwilligen Gebühren und Pflichtgebühren zu unterscheiden. Erheben die kommunalen Aufgabenträger Pflichtgebühren¹¹, müssen sie allen vorgenannten Prinzipien des Gebührenrechts Rechnung tragen. Das gilt vor allem für das Kostendeckungsprinzip und das Prinzip der Leistungsproportionalität. Beide Prinzipien schließen eine Gebührenbemessung nach sozialen Aspekten grundsätzlich aus. Bei sozialen und kulturellen Einrichtungen hingegen, die freiwillige und

⁵ Preisner in Driehaus, Kommunalabgabenrecht, § 4, Rn. 5, Stand: 16. März 2018, mit Verweis auf BVerfG, B. v. 6. Februar 1979 – 2 BvL 5/76 -, BVerfGE 50, 217 = NJW 1979, 1345.

⁶ Identisch mit Art. 2 Abs. 1 Satz 1 der Verfassung des Freistaates Thüringen.

⁷ BVerwG, U. v. 12. Juli 2006 – 10 C 9.05 – NVwZ 2006, 1413/1415 Rn. 29 f.

⁸ § 12 Abs. 2 Satz 2 ThürKAG.

⁹ § 12 Abs. 4 ThürKAG.

¹⁰ § 6 Abs. 5 Thüringer Ausführungsgesetz zum Kreislaufwirtschaftsgesetz (ThürAGKrWG).

¹¹ Mit der Erhebung von Pflichtgebühren geht regelmäßig ein Anschluss- und Benutzungszwang einher - im Unterschied zur öffentlichen Einrichtung ohne Benutzungszwang, für deren Nutzung freiwillige Gebühren erhoben werden können.

regelmäßig nicht kostendeckende Gebühren erheben, ist eine soziale Staffelung möglich.¹² So können Gebühren für Kindertagesstätten nach dem Einkommen der Eltern oder der Anzahl betreuter Kinder je Familie gestaffelt werden.

Die einzigen Ausnahmen, degressive Pflichtgebühren bei öffentlichen Einrichtungen mit Benutzungszwang zu erheben, bestehen bei der Wasserversorgung und der Abwasserbeseitigung. Die Zulässigkeit der Gebührendegression beruht dabei auf der Kostendegression. Diese ist Voraussetzung für eine Gebührendegression und entsprechend nachzuweisen.¹³ Das gelingt bei leitungsgebundener Infrastruktur regelmäßig, da hier die Leitungsinfrastruktur den überwältigenden (Fix-)Kostenblock verursacht. Die hohen Fixkosten verteilen sich stärker bei steigender Leistungsmenge. Damit sinkt der Fixkostenanteil je Leistungseinheit. Es kommt zu einer Fixkostendegression und sinkenden Grenzkosten.¹⁴

Bei der Abfallbeseitigung ist dieses Phänomen in nennenswertem Umfang nicht bekannt. Der Fixkostenanteil an der Leistungserstellung ist deutlich geringer als bei anlagekapitalintensiver, leitungsgebundener Versorgungsinfrastruktur. Für die Degression ist grundsätzlich die Anzahl der bereitgestellten und tatsächlich verbrauchten Leistungseinheiten maßgeblich. Im vorliegenden Fall soll die Degression anhand der im Haushalt lebenden Personen erfolgen. Die konkrete Kostendegression ließe sich nur schwer feststellen, da nicht die tatsächliche Inanspruchnahme (Wirklichkeitsmaßstab), sondern die unterstellte Inanspruchnahme (Wahrscheinlichkeitsmaßstab) als Grundlage der Degression dienen würde. Schließlich müsste die Fixkostendegression für jede nach der ersten im Haushalt lebenden Person errechnet werden und in die Gebührenbemessung einfließen. Eine „soziale“ Staffelung oder Degression müsste gleichmäßig über die Anzahl der im Haushalt lebenden Personen gestaltet sein und für alle Haushalte gleichermaßen gelten. Eine Gebührendegression nur zu Gunsten einer bestimmten Nutzergruppe verstieße gegen den Gleichheitssatz des Artikels 3 Abs. 1 GG. Zudem wäre der Grundsatz der Leistungsproportionalität verletzt.

Dem Wesen der (Pflicht-)Gebühr als einem speziellen Leistungsentgelt ist der Grundsatz der Kostendeckung unter Wahrung der Verhältnismäßigkeit von Leistung und Gegenleistung bei Gleichbehandlung der Gebührenpflichtigen immanent. Der Ausgleich sozialer Anliegen ist hiermit nicht vereinbar.

Inwiefern kann im Thüringer Kommunalabgabengesetz eine Regelung aufgenommen werden, dass Abfallgebühren verursachergerecht auszurichten sind?

Die verursachergerechte Kostenverteilung ist Aufgabe und Ziel jeder (Pflicht-)Gebühr. Das Thüringer Kommunalabgabenrecht beinhaltet bereits die Maßgabe, dass die Gebühren nach dem Ausmaß zu bemessen sind, in dem die Gebührenschuldner die öffentliche Einrichtung oder das kommunale Eigentum benutzen (sog. Verursacherprinzip).¹⁵

¹² Vgl. Erlenkämpfer in Hinkel/Hofmann/Erlenkämpfer, Kommunalabgaben in Thüringen, zu § 12 ThürKAG, Tz. 10.3.

¹³ § 12 Abs. 5 Satz 3 ThürKAG.

¹⁴ Siehe dazu auch die Ausführungen zu Gebührendegression und Lenkungsfunktion.

¹⁵ § 12 Abs. 4 ThürKAG.

Inwiefern kann im Thüringer Kommunalabgabengesetz eine Regelung aufgenommen werden, dass die Gebühr für die Abfallbeseitigung Anreize zur Abfallvermeidung schaffen soll?

Das ThürKAG kann lediglich finanzielle Anreize zur Abfallvermeidung setzen. Darüberhinausgehende Anreize sind Spezialgesetzen wie dem Kreislaufwirtschaftsgesetz auf Bundesebene oder dem Thüringer Ausführungsgesetz zum Kreislaufwirtschaftsgesetz vorbehalten.

Das ThürKAG enthält bereits ein Instrument, um Anreize zur Abfallvermeidung zu setzen. Die verursachergerechte Kostenverteilung¹⁶ ist ein Anreiz, Abfall zu vermeiden. In dem Maß, in dem die Gebührenschuldner die öffentliche Einrichtung weniger nutzen, werden sie weniger mit Gebühren für die Abfallentsorgung belastet. Auch das Thüringer Ausführungsgesetz zum Kreislaufwirtschaftsgesetz schreibt vor, dass die „Gebührenbemessung so zu gestalten ist, dass die Rangfolge der Maßnahmen der Abfallbewirtschaftung nach § 6 KrWG als Merkmal im Sinne des § 12 Abs. 4 ThürKAG berücksichtigt wird“.¹⁷ Als weiteren wirksamen finanziellen Anreiz zur Abfallvermeidung könnte der Gesetzgeber auch für Abfallgebühren eine Progression vergleichbar mit der für Wasserversorgung und Abwasserentsorgung ins ThürKAG aufnehmen.

Darüberhinausgehende Anreize zur Abfallvermeidung können die Aufgabenträger im Rahmen ihrer kommunalen Verwaltungs- und Satzungshoheit schaffen. Denkbar wären z. B. niedrige Grundgebühren bei entsprechend verursachungsgerechten Leistungsgebühren, unterstützt durch ein Mindestleerungsvolumen, um unsachgemäße Abfallentsorgung zu vermeiden. Auch die stärkere Abfallberatung, Sensibilisierung der Bürger für bessere Abfalltrennung, ein Bonus- bzw. Malus System sowie die Service- und Benutzerfreundlichkeit von Wertstoffhöfen können zur Abfallreduzierung beitragen.

Mit freundlichen Grüßen

¹⁶ § 12 Abs. 4 ThürKAG.

¹⁷ § 6 Abs. 5 ThürAGKrWG.

**Formblatt zur Datenerhebung
nach § 5 Abs. 1 des Thüringer Beteiligtentransparenzdocumentationsgesetzes**

Jede natürliche oder juristische Person, die sich mit einem schriftlichen Beitrag an einem Gesetzgebungsverfahren beteiligt hat, ist nach dem Thüringer Beteiligtentransparenzdocumentationsgesetz (ThürBeteilDokG) verpflichtet, die nachfolgend erbetenen Angaben – soweit für sie zutreffend – zu machen.

Die Informationen der folgenden Felder 1 bis 6 werden in jedem Fall als verpflichtende Mindestinformationen gemäß § 5 Abs. 1 ThürBeteilDokG in der Beteiligtentransparenzdocumentation veröffentlicht. Ihr inhaltlicher Beitrag wird zusätzlich nur dann auf den Internetseiten des Thüringer Landtags veröffentlicht, wenn Sie Ihre Zustimmung hierzu erteilen.

Bitte gut leserlich ausfüllen und zusammen mit der Stellungnahme senden!

Zu welchem Gesetzentwurf haben Sie sich schriftlich geäußert (Titel des Gesetzentwurfs)?											
Elftes Gesetz zur Änderung des Thüringer Kommunalabgabengesetzes - Ermöglichung degressiver Müllgebührengestaltung Gesetzentwurf der Fraktion der CDU - Drucksache 7/935 -											
1.	Haben Sie sich als Vertreter einer juristischen Person geäußert, d. h. als Vertreter einer Vereinigung natürlicher Personen oder Sachen (z. B. Verein, GmbH, AG, eingetragene Genossenschaft oder öffentliche Anstalt, Körperschaft des öffentlichen Rechts, Stiftung des öffentlichen Rechts)? <i>nein</i> <small>(§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilDokG; Hinweis: Wenn nein, dann weiter mit Frage 2. Wenn ja, dann weiter mit Frage 3.)</small>										
	<table style="width: 100%; border-collapse: collapse;"> <tr> <td style="width: 50%; border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;">Name</td> <td style="width: 50%; border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;">Organisationsform</td> </tr> <tr> <td style="border-bottom: 1px solid black; height: 40px;"></td> <td style="border-bottom: 1px solid black; height: 40px;"></td> </tr> <tr> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;">Geschäfts- oder Dienstadresse</td> <td style="border-bottom: 1px solid black;"></td> </tr> <tr> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;">Straße, Hausnummer (oder Postfach)</td> <td style="border-bottom: 1px solid black;"></td> </tr> <tr> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;">Postleitzahl, Ort</td> <td style="border-bottom: 1px solid black;"></td> </tr> </table>	Name	Organisationsform			Geschäfts- oder Dienstadresse		Straße, Hausnummer (oder Postfach)		Postleitzahl, Ort	
	Name	Organisationsform									
	Geschäfts- oder Dienstadresse										
Straße, Hausnummer (oder Postfach)											
Postleitzahl, Ort											
2.	Haben Sie sich als natürliche Person geäußert, d. h. als Privatperson? <i>ja</i> <small>(§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilDokG)</small>										
	<table style="width: 100%; border-collapse: collapse;"> <tr> <td style="width: 50%; border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;">Name</td> <td style="width: 50%; border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;">Vorname</td> </tr> <tr> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;">Dr. Thomas</td> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;">Werner</td> </tr> <tr> <td colspan="2" style="padding: 2px;"> <input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input checked="" type="checkbox"/> Wohnadresse <small>(Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)</small> </td> </tr> <tr> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;">Straße, Hausnummer</td> <td style="border-bottom: 1px solid black;"></td> </tr> <tr> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;">Postleitzahl, Ort</td> <td style="border-bottom: 1px solid black;"></td> </tr> </table>	Name	Vorname	Dr. Thomas	Werner	<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input checked="" type="checkbox"/> Wohnadresse <small>(Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)</small>		Straße, Hausnummer		Postleitzahl, Ort	
	Name	Vorname									
	Dr. Thomas	Werner									
	<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input checked="" type="checkbox"/> Wohnadresse <small>(Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)</small>										
Straße, Hausnummer											
Postleitzahl, Ort											

3.	Was ist der Schwerpunkt Ihrer inhaltlichen oder beruflichen Tätigkeit? (§ 5 Abs. 1 Nr. 3 ThürBeteilddokG)	
	Ich bin ehrenamtlich als Mitglied des Kreises des landweiten Fachfeld - Richtkreises und als Mitglied der Verbandsversammlung des Zweckverbandes Abfallentsorgung tätig.	
4.	Haben Sie in Ihrem schriftlichen Beitrag die entworfenen Regelungen insgesamt eher <i>z.B. 100%</i>	
	<input checked="" type="checkbox"/> befürwortet, <input type="checkbox"/> abgelehnt, <input type="checkbox"/> ergänzungs- bzw. änderungsbedürftig eingeschätzt?	
	Bitte fassen Sie kurz die wesentlichen Inhalte (Kernaussage) Ihres schriftlichen Beitrages zum Gesetzgebungsverfahren zusammen! (§ 5 Abs. 1 Nr. 4 ThürBeteilddokG)	
	Bei der Abfallentsorgung wird für jeden Haushalt unabhängig von seiner Größe ein und derselben Aufwendungen in der Verwaltung und bei der Entsorgung durch die Abfallwirtschaftsunternehmen, sodass die Grundgebühren in Bezug auf die Zahl der Haushaltsmitglieder abgegolten werden können.	
5.	Wurden Sie vom Landtag gebeten, einen schriftlichen Beitrag zum Gesetzgebungsvorhaben einzureichen? (§ 5 Abs. 1 Nr. 5 ThürBeteilddokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja (Hinweis: weiter mit Frage 6)	<input type="checkbox"/> nein
	Wenn Sie die Frage 5 verneint haben: Aus welchem Anlass haben Sie sich geäußert?	
	Ich bin als Kreistagsmitglied zu einer schriftlichen Anhörung aufgefordert worden.	
	In welcher Form haben Sie sich geäußert?	
	<input checked="" type="checkbox"/> per E-Mail <input type="checkbox"/> per Brief	
6.	Haben Sie sich als Anwaltskanzlei im Auftrag eines Auftraggebers mit schriftlichen Beiträgen am Gesetzgebungsverfahren beteiligt? (§ 5 Abs. 1 Nr. 6 ThürBeteilddokG)	
	<input type="checkbox"/> ja	<input checked="" type="checkbox"/> nein (weiter mit Frage 7)
	Wenn Sie die Frage 6 bejaht haben: Bitte benennen Sie Ihren Auftraggeber!	

7.	Stimmen Sie einer Veröffentlichung Ihres schriftlichen Beitrages in der Beteiligtentransparenzdokumentation zu? (§ 5 Abs. 1 Satz 2 ThürBeteilDG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein

Mit meiner Unterschrift versichere ich die **Richtigkeit und Vollständigkeit der Angaben**. Änderungen in den mitgeteilten Daten werde ich unverzüglich und unaufgefordert bis zum Abschluss des Gesetzgebungsverfahrens mitteilen.

Ort, Datum	Unterschrift
Rudolstadt, 16.7.20	<i>A</i>

Dr. Werner Thomas

Thüringer Landtag
Innen- und Kommunalausschuss
Jürgen-Fuchs-Straße 1
99096 Erfurt

THUR. LANDTAG POST
16.07.2020 13:52

16591/2020

Elftes Gesetz zur Änderung des Thüringer Kommunalabgabengesetzes – Ermöglichung degressiver Müllgebührengestaltung

Gesetzentwurf der Fraktion der CDU

Drucksache 7/935

Sehr geehrte Mitglieder des Innenausschusses,
sehr geehrte Damen und Herren,

der Gesetzesantrag der Fraktion der CDU ist darauf gerichtet, die hinreichende gesetzliche Grundlage für die degressive Gestaltung von Grundgebühren für die Entsorgung von Hausmüllabfällen zu schaffen, die es ohne eine Änderung des ThürKAG leider nicht gibt.

Der Antrag bezieht sich in keiner Weise auf die Leistungsgebühren für die Abfallentsorgung, die im direkten Verhältnis zu den Abfallmengen im Verhältnis stehen.

Der Unterzeichner war in der Wahlperiode 1990 bis 1994 Landrat des Landkreises Rudolstadt. Der Landkreis Rudolstadt war einer der Betreiber der Gründung des Zweckverbandes Abfallentsorgung Saale-Orla (ZASO), auf den die gesamten Aufgaben der Abfallentsorgung seit 1994 für die beiden derzeitigen Landkreise Saale-Orla-Kreis und Saalfeld-Rudolstadt übertragen sind. Mit einer Unterbrechung von 2000 bis 2004 ist der Unterzeichner seit der Gründung des ZASO Mitglied der Verbandsversammlung.

Im Rahmen der Anhörung wurde der Unterzeichner gebeten, insbesondere auf drei Fragen einzugehen.

1. a) Ist die Aufnahme einer Regelung für degressive Grundgebühren bei der Abfallentsorgung in das ThürKAG verfassungsrechtlich abgesichert?

In den Ländern der Bundesrepublik Deutschland und in Deutschland besteht seit langem der gesetzliche und durch umfangreiche Rechtsprechung gesicherte Grundsatz, daß öffentliche Gebühren für die Erhebung einer durch öffentlich-rechtliche Körperschaften erbrachte Leistungen, an die der Bürger rechtlich gebunden ist, so bemessen sein müssen, daß der Bürger für die erbrachte Leistung nicht zuviel und nicht zu wenig zu zahlen hat. Der Bürger, der einem Versorgungs- und Entsorgungszwang unterliegt, darf in Bezug auf ihn persönlich erbrachte Leistungen einerseits nicht überfordert werden, damit eine Subventionierung des Leistungserbringers durch den Bürger unterbleibt, und andererseits der Leistungserbringer muß so viel an Gebühren erheben, daß alle seine durch seine Leistung entstandenen Kosten beglichen werden können. Deshalb dürfen die Gebührensatzungen immer nur auf eine begrenzte Frist bestimmt, müssen die tatsächlichen Einnahmen und Ausgaben des Leistungserbringers regelmäßig geprüft und die Gebührensatzungen für neue Gebührezeiträume angepaßt werden.

Speziell bestimmt §12(2)ThürKAG:

„Das Gebührenaufkommen soll die nach betriebswirtschaftlichen Grundsätzen ansatzfähigen Kosten decken. Wirtschaftliche Unternehmen und Beteiligungen sollen einen Ertrag für den Haushalt der Körperschaft abwerfen. Soweit ein Benutzungszwang besteht, soll das Aufkommen die Kosten nach Satz 1 nicht übersteigen. Zur Deckung der verbrauchsunabhängigen Kosten (Vorhaltekosten) kann eine Grundgebühr erhoben werden, die – unter besonderer Beachtung des Absatzes 5 – so zu bemessen ist, dass neben ihr in der

Mehrzahl der Fälle auch noch eine angemessene Abrechnung nach der tatsächlichen Benutzung stattfindet;...“.

In Absatz 5 des §12ThürKAG ist die Möglichkeit der Erhebung von degressiven Gebühren für Wasser und Abwasser nicht aber für die Abfallentsorgung aufgeführt. Salopp formuliert „beißt sich die Katze in ihren eigenen Schwanz“.

Verbrauchsunabhängige Kosten des Abfallentsorgers sind z.B. die Kosten für das Anfahren der Mülleinsammelfahrzeuge, für das Abfahren der Mülleinsammelfahrzeuge, die Lohnkosten der Arbeitskräfte, die mit dem Mülleinsammelfahrzeugen fahren und es bedienen, für die Bearbeitung der jährlichen Müllentsorgungsgebührenbescheide, die an die Haushalte gesandt werden, für die Veröffentlichungen des Abfallentsorgers für Abfuhrpläne, Satzungen und Beschlüsse usw.

Richtig und zutreffend wird in §12(2)ThürKAG ausgeführt, daß

„die nach betriebswirtschaftlichen Grundsätzen ansatzfähigen Kosten“
gedeckt werden sollen und daß

„soweit ein Benutzungszwang besteht, das Aufkommen die Kosten nach Satz 1 nicht übersteigen soll“.

Alle vorgenannten Bestimmungen und Grundsätze stehen seit Jahrzehnten in bewährter Weise in Übereinstimmung mit der Verfassung.

1. b) Unter welchen Voraussetzungen kann eine Regelung für degressive Grundgebühren insbesondere unter sozialen Aspekten gesetzlich verankert werden?

Die Ermöglichung degressiver Grundgebühren nach sozialen Aspekten kann in Bezug auf die Bedeutung und Übersetzung des Wortes sozial nach zwei Aspekten betrachtet werden.

Das Wort sozial stammt aus der lateinischen Sprache und bedeutet gesellschaftlich. Ein Sozios ist im Sinne einer juristischen Körperschaft ein Teilhaber, ein Gesellschafter. Auf Motorrädern mit zwei Sitzen ist die mitfahrende hinter dem Fahrer sitzende Person ein Sozios, d.h. ein dem Fahrer Gesellschaft im Umgang miteinander bietende Person, d.h. ein Begleiter. Diese ursprüngliche und bis heute nie geminderte Bedeutung entspricht dem Sinne der Ausführungen zu Punkt 1.a) dieses Schreibens sehr schlüssig.

In den letzten Jahrzehnten trat zusätzlich zu der o.g. Bedeutung eine zweite im Sinne von fürsorglich, durch die kirchliche Gemeinde bzw. Gemeinschaft (Sozietät), durch die kommunale Gemeinde bzw. Gemeinschaft (Sozietät), durch die Allgemeinheit, durch den Staat erbrachte finanzielle Leistungen für den laufenden Lebensunterhalt finanziell bedürftiger Sozia hinzu. Im engeren letzteren Sinne kann eine Regelung für degressive Grundgebühren gesetzlich im ThürKAG nichts ausführen, weil ordnungsrechtlich geordnet dafür in Deutschland die zwölf Sozialgesetzbücher umfangreiche Bestimmungen vorhalten.

Die objektive Wirkung des Gesetzentwurfes der Fraktion der CDU entspricht aber genau auch diesem letztgenannten Aspekt.

2. Inwiefern kann im ThürKAG eine Regelung aufgenommen werden, daß Abfallgebühren verursachergerecht auszurichten sind?

Der Antrag der Fraktion der CDU entspricht genau dem allgemeinen Ziel, daß Gebühren verursachergerecht erhoben werden können. Wenn die Grundgebühren wie im Fall des ZASO per Bescheid an die Haushalte gerichtet werden, dann ist es verursachergerecht, wenn rechnerisch die verbrauchsunabhängigen Gebühren pro Person um so kleiner sind, je mehr Personen im jeweiligen Haushalt leben.

Die im Punkt 1.a) beispielhaft aufgeführten verbrauchsunabhängigen Kosten sind nicht alle Kosten des Entsorgers, die in die Grundgebühren eingerechnet werden, so daß die Grundgebühren nicht für alle Haushalte gleich hoch sein können, gleich wie viel Personen im Haushalt leben. Die rechnerische Bestimmung der Grundgebühren muß deshalb auch den Entsorgern überlassen sein. Insofern muß die Ermöglichung von degressiven Grundgebühren eine Kann-Bestimmung sein und keine Soll- oder Muß-Bestimmung. Damit erst können die Grundgebühren überhaupt verursachergerecht ausgerichtet werden.

3. Inwiefern kann im ThürKAG eine Regelung aufgenommen werden, daß die Gebühr für die Abfallbeseitigung Anreize zur Abfallvermeidung schaffen soll?

Der Gesetzesantrag der Fraktion der CDU ist nicht auf den Bereich der Abfallvermeidung gerichtet, sondern auf den Bereich der gerechten Gebührenbemessung und die Gebührenbemessung nach betriebswirtschaftlich vernünftigen und logischen Grundsätzen in Übereinstimmung mit §12(2)Satz 1 ThürKAG.

Das ThürKAG ist kein zweckmäßiges Mittel, für die Abfallvermeidung Anreize zu setzen. Das geeignete Mittel ist das Thüringer Abfallwirtschaftsgesetz.

Der ZASO beispielsweise handhabt seit seinem Bestehen eine Abfallentsorgung und eine Gebührengestaltung, die in sehr umfangreichem Maße zur Abfallvermeidung anregt. Der Gesetzgeber muß sich aber bewußt sein, daß jede Verstärkung der Mittel der Abfallvermeidung nur mit ordnungsrechtlichen und finanziellen Zwangsmaßnahmen möglich ist. Alle ordnungsrechtliche Erfahrung und die Lebenspraxis zeigen, daß je mehr zwangsförmige Bestimmungen bestehen, um so mehr die Einwohner dazu neigen und nach Mitteln suchen, diesen auszuweichen. Im Bereich der Abfallentsorgung führt das immer zu vermehrten bzw. umfangreicheren unvorschriftsmäßigen Entsorgungsvorgängen, die immer geeignet sind, die Umwelt zu beeinträchtigen oder zu schädigen.

Umgekehrt ist der Drang der Einwohner, Abfall unvorschriftsmäßig zu entsorgen um so geringer, je umfangreicher der Entsorger Pauschalgebühren ansetzt. Mit Pauschalgebühren fördert man aber die Anreize zur Abfallvermeidung nicht. Die Schaffung von Anreizen zur Müllvermeidung kann also immer nur durch Abwägung innerhalb einer Optimierung behandelt werden. Das ist durch Gesetze nicht möglich, weil Gesetze keine Einzelfallentscheidungen aufgrund von Einzelfallabwägungen fällen können.

Der ZASO gestaltete seit seiner Gründung bis zum Jahr 2019 ungeachtet etwaiger Änderungen des ThürKAG oder ohne solche Änderungen die Grundgebühren für die Abfallentsorgung degressiv. Dies führte in diesem Vierteljahrhundert nie zu Kritik durch die Einwohner. Andererseits bestätigte der Kreistag des Landkreises Saalfeld-Rudolstadt bis auf eine Enthaltung in seiner Sitzung am 28.1.20 diese Praxis und schloß sich die Verbandsversammlung des ZASO in ihrer Sitzung am 9.3.20 durch einstimmigen Beschluß dem an.

Rudolstadt, den 16.7.20

Formblatt zur Datenerhebung
nach § 5 Abs. 1 des Thüringer Beteiligtentransparenzdokumentationsgesetzes

Jede natürliche oder juristische Person, die sich mit einem schriftlichen Beitrag an einem Gesetzgebungsverfahren beteiligt hat, ist nach dem Thüringer Beteiligtentransparenzdokumentationsgesetz (ThürBeteilDokG) verpflichtet, die nachfolgend erbetenen Angaben – soweit für sie zutreffend – zu machen.

Die Informationen der folgenden Felder 1 bis 6 werden in jedem Fall als verpflichtende Mindestinformationen gemäß § 5 Abs. 1 ThürBeteilDokG in der Beteiligtentransparenzdokumentation veröffentlicht. Ihr inhaltlicher Beitrag wird zusätzlich nur dann auf den Internetseiten des Thüringer Landtags veröffentlicht, wenn Sie Ihre Zustimmung hierzu erteilen.

Bitte gut leserlich ausfüllen und zusammen mit der Stellungnahme senden!

Zu welchem Gesetzentwurf haben Sie sich schriftlich geäußert (Titel des Gesetzentwurfs)?											
Elftes Gesetz zur Änderung des Thüringer Kommunalabgabengesetzes - Ermöglichung degressiver Müllgebührengestaltung, Gesetzentwurf der Fraktion der CDU, Drs. 7/935											
1.	Haben Sie sich als Vertreter einer juristischen Person geäußert, d. h. als Vertreter einer Vereinigung natürlicher Personen oder Sachen (z. B. Verein, GmbH, AG, eingetragene Genossenschaft oder öffentliche Anstalt, Körperschaft des öffentlichen Rechts, Stiftung des öffentlichen Rechts)? <small>(§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilDokG; Hinweis: Wenn nein, dann weiter mit Frage 2. Wenn ja, dann weiter mit Frage 3.)</small>										
	<table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 50%; border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;">Name</td> <td style="width: 50%; border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;">Organisationsform</td> </tr> <tr> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;">Gemeinde- und Städtebund</td> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;">e.V.</td> </tr> <tr> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;">Geschäfts- oder Dienstadresse</td> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;"></td> </tr> <tr> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;">Straße, Hausnummer (oder Postfach)</td> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;">Richard-Breslau-Straße 14</td> </tr> <tr> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;">Postleitzahl, Ort</td> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;">99094 Erfurt</td> </tr> </table>	Name	Organisationsform	Gemeinde- und Städtebund	e.V.	Geschäfts- oder Dienstadresse		Straße, Hausnummer (oder Postfach)	Richard-Breslau-Straße 14	Postleitzahl, Ort	99094 Erfurt
	Name	Organisationsform									
	Gemeinde- und Städtebund	e.V.									
	Geschäfts- oder Dienstadresse										
	Straße, Hausnummer (oder Postfach)	Richard-Breslau-Straße 14									
Postleitzahl, Ort	99094 Erfurt										
2.	Haben Sie sich als natürliche Person geäußert, d. h. als Privatperson? <small>(§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilDokG)</small>										
	<table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 50%; border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;">Name</td> <td style="width: 50%; border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;">Vorname</td> </tr> <tr> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;"></td> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;"></td> </tr> </table>	Name	Vorname								
	Name	Vorname									
	<div style="display: flex; justify-content: space-between;"> <input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse </div> <small>(Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)</small>										
<table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 50%; border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;">Straße, Hausnummer</td> <td style="width: 50%; border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;"></td> </tr> <tr> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;">Postleitzahl, Ort</td> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;"></td> </tr> </table>	Straße, Hausnummer		Postleitzahl, Ort								
Straße, Hausnummer											
Postleitzahl, Ort											

3.	Was ist der Schwerpunkt Ihrer inhaltlichen oder beruflichen Tätigkeit? (§ 5 Abs. 1 Nr. 3 ThürBeteilddokG)	
	[Die Beteiligten haben keine Information übermittelt.]	
4.	Haben Sie in Ihrem schriftlichen Beitrag die entworfenen Regelungen insgesamt eher <input type="checkbox"/> befürwortet, <input type="checkbox"/> abgelehnt, <input type="checkbox"/> ergänzungs- bzw. änderungsbedürftig eingeschätzt?	
	Bitte fassen Sie kurz die wesentlichen Inhalte (Kernaussage) Ihres schriftlichen Beitrages zum Gesetzgebungsverfahren zusammen! (§ 5 Abs. 1 Nr. 4 ThürBeteilddokG)	
	[Die Beteiligten haben keine Information übermittelt.]	
5.	Wurden Sie vom Landtag gebeten, einen schriftlichen Beitrag zum Gesetzgebungsvorhaben einzureichen? (§ 5 Abs. 1 Nr. 5 ThürBeteilddokG)	
	<input type="checkbox"/> ja (Hinweis: weiter mit Frage 6)	<input type="checkbox"/> nein
	Wenn Sie die Frage 5 verneint haben: Aus welchem Anlass haben Sie sich geäußert?	
	[Die Beteiligten haben keine Information übermittelt.]	
	In welcher Form haben Sie sich geäußert?	
	<input type="checkbox"/> per E-Mail <input type="checkbox"/> per Brief	
6.	Haben Sie sich als Anwaltskanzlei im Auftrag eines Auftraggebers mit schriftlichen Beiträgen am Gesetzgebungsverfahren beteiligt? (§ 5 Abs. 1 Nr. 6 ThürBeteilddokG)	
	<input type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein (weiter mit Frage 7)
	Wenn Sie die Frage 6 bejaht haben: Bitte benennen Sie Ihren Auftraggeber !	
	[Die Beteiligten haben keine Information übermittelt.]	

7.	Stimmen Sie einer Veröffentlichung Ihres schriftlichen Beitrages in der Beteiligentransparenzdokumentation zu? (§ 5 Abs. 1 Satz 2 ThürBeteilDG)	
	<input type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein

Mit meiner Unterschrift versichere ich die **Richtigkeit und Vollständigkeit der Angaben**.
 Änderungen in den mitgeteilten Daten werde ich unverzüglich und unaufgefordert bis zum Abschluss
 des Gesetzgebungsverfahrens mitteilen.

Ort, Datum	Unterschrift

22729/20

Formblatt zur Datenerhebung
nach § 5 Abs. 1 des Thüringer Beteiligungstransparenzdocumentationsgesetzes

Jede natürliche oder juristische Person, die sich mit einem schriftlichen Beitrag an einem Gesetzgebungsverfahren beteiligt hat, ist nach dem Thüringer Beteiligungstransparenzdocumentationsgesetz (ThürBeteilddokG) verpflichtet, die nachfolgend erbetenen Angaben – soweit für sie zutreffend – zu machen.

Die Informationen der folgenden Felder 1 bis 6 werden in jedem Fall als verpflichtende Mindestinformationen gemäß § 5 Abs. 1 ThürBeteilddokG in der Beteiligungstransparenzdocumentation veröffentlicht. Ihr inhaltlicher Beitrag wird zusätzlich nur dann auf den Internetseiten des Thüringer Landtags veröffentlicht, wenn Sie Ihre Zustimmung hierzu erteilen.

Bitte gut leserlich ausfüllen und zusammen mit der Stellungnahme senden!

Zu welchem Gesetzentwurf haben Sie sich schriftlich geäußert (Titel des Gesetzentwurfs)?		
Elftes Gesetz zur Änderung des Thüringer Kommunalabgabengesetzes - Ermöglichung degressiver Müllgebührengestaltung Gesetzentwurf der Fraktion der CDU - Drucksache 7/935 -		
1.	Haben Sie sich als juristischen Person geäußert, d. h. als Vertreter einer Vereinigung natürlicher Personen oder Sachen (z. B. Verein, GmbH, AG, eingetragene Genossenschaft oder öffentliche Anstalt, Körperschaft des öffentlichen Rechts, Stiftung des öffentlichen Rechts)? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilddokG; Hinweis: Wenn nein, dann weiter mit Frage 2. Wenn ja, dann weiter mit Frage 3.)	
	Name	
	Organisationsform	
	<i>Selbstverwaltung für Thüringen</i>	<i>eingetragener Verein</i>
	Geschäfts- oder Dienstadresse	<i>Bahnhofstr. 23</i>
	Straße, Hausnummer (oder Postfach)	
	Postleitzahl, Ort	<i>07708 Kalbe</i>
2.	Haben Sie sich als natürliche Person geäußert, d. h. als Privatperson? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilddokG)	
	Name	Vorname
	<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse (Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)	
	Straße, Hausnummer	
	Postleitzahl, Ort	

3.	Was ist der Schwerpunkt Ihrer inhaltlichen oder beruflichen Tätigkeit? (§ 5 Abs. 1 Nr. 3 ThürBeteilldokG)	
4.	Haben Sie in Ihrem schriftlichen Beitrag die entworfenen Regelungen insgesamt eher <input checked="" type="checkbox"/> befürwortet, <input type="checkbox"/> abgelehnt, <input type="checkbox"/> ergänzungs- bzw. änderungsbedürftig eingeschätzt?	
Bitte fassen Sie kurz die wesentlichen Inhalte (Kernaussage) Ihres schriftlichen Beitrages zum Gesetzgebungsverfahren zusammen! (§ 5 Abs. 1 Nr. 4 ThürBeteilldokG)		
Bedragungen für Rechtsanwaltschaft depressiv w. Jobkündigung		
5.	Wurden Sie vom Landtag gebeten, einen schriftlichen Beitrag zum Gesetzgebungsvorhaben einzureichen? (§ 5 Abs. 1 Nr. 5 ThürBeteilldokG)	
<input checked="" type="checkbox"/> ja (Hinweis: weiter mit Frage 6)		<input type="checkbox"/> nein
Wenn Sie die Frage 5 verneint haben: Aus welchem Anlass haben Sie sich geäußert?		
In welcher Form haben Sie sich geäußert?		
<input checked="" type="checkbox"/> per E-Mail		
<input type="checkbox"/> per Brief		
6.	Haben Sie sich als Anwaltskanzlei im Auftrag eines Auftraggebers mit schriftlichen Beiträgen am Gesetzgebungsverfahren beteiligt? (§ 5 Abs. 1 Nr. 6 ThürBeteilldokG)	
<input type="checkbox"/> ja		<input checked="" type="checkbox"/> nein (weiter mit Frage 7)
Wenn Sie die Frage 6 bejaht haben: Bitte benennen Sie Ihren Auftraggeber!		

7.	Stimmen Sie einer Veröffentlichung Ihres schriftlichen Beitrages in der Beteiligentransparenzdokumentation zu? (§ 5 Abs. 1 Satz 2 ThürBeteilDokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein

Mit meiner Unterschrift versichere ich die **Richtigkeit und Vollständigkeit der Angaben**. Änderungen in den mitgeteilten Daten werde ich unverzüglich und unaufgefordert bis zum Abschluss des Gesetzgebungsverfahrens mitteilen.

Ort, Datum	Unterschrift
J Zelle 18.03.2020	

Das Dokument wurde zum Zweck der Veröffentlichung in der BTD bearbeitet.

THÜR. LANDTAG POST
16.09.2020 15:29

21239/2020

Selbstverwaltung für Thüringen e.V.
Bahnhofstraße 23 07768 Kahla

Thüringer Landtag
Innen- und Kommunalausschuss
Jürgen-Fuchs-Straße 1

99096 Erfurt

Vorab per Fax: (0361) 37 72016



Selbstverwaltung für
Thüringen e.V.

Geschäftsstelle:
Bahnhofstraße 23
07768 Kahla
Tel. (03 64 24) 59 18 0
E-Mail:
AG.Selbstverwaltung@web.de
Internet:
<http://ag-selbstverwaltung.net>
Registergericht:
Amtsgericht Stadtroda
Registernummer: VR210901

Elftes Gesetz zur Änderung des Thüringer Kommunalabgabengesetzes – Ermöglichung degressiver Müllgebührengestaltung
Gesetzentwurf der Fraktion der CDU
- Drucksache 7/935 -

Sehr geehrter Herr Ausschussvorsitzender,
sehr geehrte Damen und Herren,

für die Möglichkeit zur Abgabe einer Stellungnahme im genannten Anhörungsverfahren bedanken wir uns. Der Vorstand des Vereins Selbstverwaltung für Thüringen befürwortet die vorgeschlagene Änderung der CDU Fraktion im Hinblick auf § 12 Abs. 2 S. 4 2. HS bzw. den neu einzufügenden Satz 5.

Dem liegen folgende Erwägungen zugrunde:

16. September 2020

Gebührenerhebung für die Leistungen öffentlicher Ver- oder Entsorger des Zwecks des zugrundeliegenden Landesgesetzes erfolgt stets im Spannungsfeld einerseits der Verpflichtung zur Erfüllung der Aufgabe und andererseits dem politischen Wunsch zur Vermeidung einer übermäßigen Belastung bestimmter Bevölkerungsgruppen. Zu beachten ist in diesem Zusammenhang insbesondere der Grundsatz, daß der Gleichheitssatz des Artikels 3 Abs. 1 Grundgesetz das wesentlich gleiches nicht willkürlich ungleich und wesentlich ungleiches nicht willkürlich gleich behandelt werden darf. Dies gilt auch für die das Abgabenrecht beherrschende Ausprägung des Artikels 3 Abs. 1 GG als Grundsatz der Abgabengerechtigkeit. Für die Erhebung von Benutzungsgebühren folgt hieraus, daß bei etwa gleicher Inanspruchnahme der kommunalen Einrichtung etwa gleich hohe Gebühren und bei unterschiedlicher Benutzung diesen Unterschieden durch angemessene Gebühren Rechnung zu tragen ist.

Bankverbindung:
Selbstverwaltung für
Thüringen e.V.
Sparkasse Jena-Saale-Holzland
DE66 8305 3030 0018 0419 06

Weiterhin ist beachtlich, daß eine degressive Gebührengestaltung ohne Kalkulation einer Grundgebühr mit einer leistungsabhängigen Gebühr keine wirksamen und nachhaltigen Anreize zur Vermeidung und Verwertung von Abfall setzt. Diesem Problem wird jedoch mit dem vorliegenden Gesetzentwurf dadurch begegnet, daß nach dem neu einzufügenden § 12 Abs. 2 S. 4 2. HS die Möglichkeit eröffnet werden soll, lediglich die Grundgebühren für die Abfallentsorgung degressiv gestalten zu können.

Die lineare Gestaltung der Grundgebühr berücksichtigt nicht, daß die Menge, das auf einem Wohngrundstück entstehenden Abfalls, nicht entsprechend der Zahl der Grundstücksbewohner ansteigt. Sind auf einem Grundstück beispielsweise sieben Personen wohnhaft, beträgt die hier entstehende Abfallmenge nicht das Siebenfache der Abfallmenge eines Ein-Personen-Grundstücks. Dies gilt insbesondere für diejenigen Abfälle, wie Sperrmüll, Gartenabfälle, Biomüll, Altstoffe und Sonderabfälle, wie Farben und Lacke, deren Entsorgung und Behandlung in der Regel mit der Grundgebühr abgegolten wird. Gerade die Müllmengen für diese bezeichneten Müllarten wachsen mit der Zahl der Grundstücksbewohner nicht weniger an, als es bei dem sogenannten Restmüll der Fall ist.

Nimmt die Abfallmenge jedoch nicht proportional mit der Zahl der Grundstücksbewohner zu, kann grundsätzlich auch die Gebühr nicht uneingeschränkt nach der Zahl der Grundstücksbewohner bemessen werden. So vertritt der Verwaltungsgerichtshof Baden- Württemberg in ständiger Rechtsprechung die Ansicht, der Satzungsgeber müsse die Müllgebühren je Haushaltsangehörigen bzw. je Bewohner eines Grundstücks degressiv gestalten. Zu gewährleisten ist allerdings, daß mit den Grundgebühren nicht verdeckt mengenabhängige Kosten der Abfallentsorgung abgegolten werden sollen. Es muß dafür Sorge getragen werden, daß eine degressive Staffelung von Abfallgebühren für die Fälle ausgeschlossen ist, bei der die Gebühren bei zunehmender Leistungsmenge unterproportional ansteigen. Auch hat das Thüringer Oberverwaltungsgericht in einer älteren Entscheidung (. . .) festgestellt, daß eine mit zunehmender Zahl von Haushaltsangehörigen degressiv ansteigende Gebühr mit dem in Artikel 3 GG wurzelnden Grundsatz der Abgabengleichheit und mit dem Anreizgebot des § 4 Abs. 4 ThAbfAG grundsätzlich vereinbar ist.

Mit freundlichen Grüßen

Formblatt zur Datenerhebung
nach § 5 Abs. 1 des Thüringer Beteiligtentransparenzdokumentationsgesetzes

Jede natürliche oder juristische Person, die sich mit einem schriftlichen Beitrag an einem Gesetzgebungsverfahren beteiligt hat, ist nach dem Thüringer Beteiligtentransparenzdokumentationsgesetz (ThürBeteilDokG) verpflichtet, die nachfolgend erbetenen Angaben – soweit für sie zutreffend – zu machen.

Die Informationen der folgenden Felder 1 bis 6 werden in jedem Fall als verpflichtende Mindestinformationen gemäß § 5 Abs. 1 ThürBeteilDokG in der Beteiligtentransparenzdokumentation veröffentlicht. Ihr inhaltlicher Beitrag wird zusätzlich nur dann auf den Internetseiten des Thüringer Landtags veröffentlicht, wenn Sie Ihre Zustimmung hierzu erteilen.

Bitte gut leserlich ausfüllen und zusammen mit der Stellungnahme senden!

Zu welchem Gesetzentwurf haben Sie sich schriftlich geäußert (Titel des Gesetzentwurfs)?											
Elftes Gesetz zur Änderung des Thüringer Kommunalabgabengesetzes - Ermöglichung degressiver Müllgebührengestaltung Gesetzentwurf der Fraktion der CDU - Drucksache 7/935 -											
1.	Haben Sie sich als Vertreter einer juristischen Person geäußert, d. h. als Vertreter einer Vereinigung natürlicher Personen oder Sachen (z. B. Verein, GmbH, AG, eingetragene Genossenschaft oder öffentliche Anstalt, Körperschaft des öffentlichen Rechts, Stiftung des öffentlichen Rechts)? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilDokG; Hinweis: Wenn nein, dann weiter mit Frage 2. Wenn ja, dann weiter mit Frage 3.)										
	<table border="1"> <tr> <td>Name</td> <td>Organisationsform</td> </tr> <tr> <td>Thüringer Bürgerallianz für Sozial Gerechtigkeit Kommunalabgaben</td> <td>Verein, eingetragener</td> </tr> <tr> <td>Geschäfts- oder Dienstadresse</td> <td></td> </tr> <tr> <td>Straße, Hausnummer (oder Postfach)</td> <td>Am Donheimsd Berg 27</td> </tr> <tr> <td>Postleitzahl, Ort</td> <td>99310 Arnstadt</td> </tr> </table>	Name	Organisationsform	Thüringer Bürgerallianz für Sozial Gerechtigkeit Kommunalabgaben	Verein, eingetragener	Geschäfts- oder Dienstadresse		Straße, Hausnummer (oder Postfach)	Am Donheimsd Berg 27	Postleitzahl, Ort	99310 Arnstadt
	Name	Organisationsform									
	Thüringer Bürgerallianz für Sozial Gerechtigkeit Kommunalabgaben	Verein, eingetragener									
	Geschäfts- oder Dienstadresse										
	Straße, Hausnummer (oder Postfach)	Am Donheimsd Berg 27									
Postleitzahl, Ort	99310 Arnstadt										
2.	Haben Sie sich als natürliche Person geäußert, d. h. als Privatperson? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilDokG)										
	<table border="1"> <tr> <td>Name</td> <td>Vorname</td> </tr> <tr> <td></td> <td></td> </tr> <tr> <td colspan="2"> <input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse (Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.) </td> </tr> <tr> <td>Straße, Hausnummer</td> <td></td> </tr> <tr> <td>Postleitzahl, Ort</td> <td></td> </tr> </table>	Name	Vorname			<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse (Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)		Straße, Hausnummer		Postleitzahl, Ort	
	Name	Vorname									
	<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse (Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)										
	Straße, Hausnummer										
Postleitzahl, Ort											

3.	Was ist der Schwerpunkt Ihrer inhaltlichen oder beruflichen Tätigkeit? (§ 5 Abs. 1 Nr. 3 ThürBeteilldokG)	
	Kampf um sozial gerechte Kommunalabgaben in Thüringen	
4.	Haben Sie in Ihrem schriftlichen Beitrag die entworfenen Regelungen insgesamt eher	
	<input type="checkbox"/> befürwortet, <input checked="" type="checkbox"/> abgelehnt, <input type="checkbox"/> ergänzungs- bzw. änderungsbedürftig eingeschätzt?	
	Bitte fassen Sie kurz die wesentlichen Inhalte (Kernaussage) Ihres schriftlichen Beitrages zum Gesetzgebungsverfahren zusammen! (§ 5 Abs. 1 Nr. 4 ThürBeteilldokG)	
	Das Ziel des Gesetzgebungsprozesses, sozial Gerechten bei der Beteiligung von Betroffenen zur Wirkung kommen zu lassen, ist durch die konsequente Anwendung des § 12(2) ThürAB erreicht worden, ein Geschick der Einmündung ist dagegen bedauerlicherweise nicht.	
5.	Wurden Sie vom Landtag gebeten, einen schriftlichen Beitrag zum Gesetzgebungsvorhaben einzureichen? (§ 5 Abs. 1 Nr. 5 ThürBeteilldokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja (Hinweis: weiter mit Frage 6) <input type="checkbox"/> nein	
	Wenn Sie die Frage 5 verneint haben: Aus welchem Anlass haben Sie sich geäußert?	
	In welcher Form haben Sie sich geäußert?	
	<input type="checkbox"/> per E-Mail <input type="checkbox"/> per Brief	
6.	Haben Sie sich als Anwaltskanzlei im Auftrag eines Auftraggebers mit schriftlichen Beiträgen am Gesetzgebungsverfahren beteiligt? (§ 5 Abs. 1 Nr. 6 ThürBeteilldokG)	
	<input type="checkbox"/> ja <input checked="" type="checkbox"/> nein (weiter mit Frage 7)	
	Wenn Sie die Frage 6 bejaht haben: Bitte benennen Sie Ihren Auftraggeber !	

7.	Stimmen Sie einer Veröffentlichung Ihres schriftlichen Beitrages in der Beteiligientransparenzdokumentation zu? (§ 5 Abs. 1 Satz 2 ThürBeteilldokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein

Mit meiner Unterschrift versichere ich die **Richtigkeit und Vollständigkeit der Angaben**. Änderungen in den mitgeteilten Daten werde ich unverzüglich und unaufgefordert bis zum Abschluss des Gesetzgebungsverfahrens mitteilen.

Ort, Datum	Unterschrift
Amstahl (Fulda), 12.07.2020	



Thüringen gegen überhöhte Kommunalabgaben e. V.

Thüringer Landtag
Innen- und Kommunalausschuss
Jürgen-Fuchs-Straße 1
99096 Erfurt

THÜR. LANDTAG POST
18.09.2020 09:13

2271/20

Arnstadt, den 18. September 2020

Ihr Schreiben vom 13. Juli 2020

**Elftes Gesetz zur Änderung des Thüringer Kommunalabgabengesetzes – Ermöglichung
degressiver Müllgebührengestaltung – Gesetzentwurf der Fraktion der CDU – DS 7/935**

Sehr geehrter

Mit Schreiben vom 13. Juli 2020 haben Sie die Bürgerallianz Thüringen gegen überhöhte Kommunalabgaben e.V. aufgefordert, zum vorgenannten Gesetzentwurf im Rahmen einer schriftlichen Anhörung eine Stellungnahme abzugeben.

Dieser Aufforderungen kommt die Bürgerallianz als Dachverband Thüringer Bürgerinitiativen für sozial-gerechte Kommunalabgaben gern nach. Die Stellungnahme wurde in der Sitzung des Landesvorstandes am 25. August 2020 beraten und bestätigt.

Vorbemerkungen:

Nach unserem Informationsstand tritt das durch den Gesetzentwurf zu behebende „Problem“ der starken Dominanz der Grundgebühr im Verhältnis zur Leistungsgebühr bei Mehrpersonenhaushalten nur beim Zweckverband Abfallwirtschaft Saale-Orla (kurz ZASO) auf.

Dies resultiert bei diesen Aufgabenträger durch die Ausgestaltung der Abfallgebührensatzung. Entsprechend dieser Satzung sind die Haushalte Gebührenschuldner (andere Aufgabenträger haben immer den Grundstückseigentümer als Gebührenschuldner bestimmt).

Die Festgebühr pro Quartal und Personen, die im Haushalt lebt, beträgt bei Fünf-Personen-Haushalten 63,80 EUR. pro weitere Person kommen 12,72 EUR pro Quartal hinzu. Unterstellt man ein Abfallaufkommen von zehn Litern pro Person und Woche, würde bei einem Fünf-Personen-Haushalt im ZASO eine Leistungsgebühr von 19,50 EUR pro Quartal anfallen.

Die Gesamtgebühr (Fest- und Leistungsgebühr) würde dann bei einem Fünf-Personen-Haushalt pro Quartal bei 83,30 EUR liegen, wobei **76,6% der Gebühr auf die Festgebühr** (Grundgebühr) entfällt.

Dieses Gebührenmodell des ZASO steht zumindest im Spannungsfeld der gesetzlichen Regelung des § 12 Abs. 2 ThürKAG.

Hier ist geregelt: „Zur Deckung der verbrauchsunabhängigen Kosten (Vorhaltekosten) kann eine Grundgebühr erhoben werden, die ... so zu bemessen ist, dass neben ihr in der Mehrzahl der Fälle auch noch eine **angemessene Abrechnung nach der tatsächlichen Benutzung** stattfindet; die Erhebung einer Mindestgebühr ist bei der Wasserversorgung und der Abwasserbeseitigung unzulässig.“



Thüringen gegen überhöhte Kommunalabgaben e. V.

Der Gesetzentwurf wurde zu einem Zeitpunkt vorgelegt, der in den Zeitraum der anstehenden Landratswahlen im Landkreis Saalfeld-Rudolstadt fiel. Ein Mitglied der einreichenden Landtagsfraktion kandidierte zu diesen Landratswahlen.

Offenbar sollte mit diesem Gesetzentwurf ein inhaltlicher Punkt der Landratswahlen aufgegriffen werden.

Der von der einreichenden Fraktion im Gesetzentwurf gewählte Ansatz ist jedoch nicht als Lösung geeignet.

Nicht weiter erläutert soll der gesetzestheoretische Ansatz, wonach Einzelfälle nicht Bestandteil gesetzlicher Normierungen sein soll.

Das unbestritten im ZASO erkennbare Problem der enormen Gebührenbelastung von Mehrpersonenhaushalten durch eine sehr dominante Festgebühr (Grundgebühr), ist vielmehr durch eine **strikte Beachtung und Umsetzung der Gesetzesnorm in § 12 Abs. 2 ThürKAG** zu lösen. Demnach wäre die Festgebühr bei gleichzeitiger Anpassung der Leistungsgebühr zu reduzieren. Hier ist zu hinterfragen, weshalb die zuständige Rechtsaufsichtsbehörde bei der rechtsaufsichtlichen Würdigung der Abfallgebührensatzung des ZASO die Einhaltung bzw. Umsetzung von § 12 Abs. 2 ThürKAG nicht verlangt und durchgesetzt hat.

In der 4. Wahlperiode des Thüringer Landtages gab es bereits ein Gesetzgebungsverfahren, das ebenfalls eine degressive Gebührenstaffelung zum Gegenstand hatte, wobei damals keine Reduzierung auf einen Einzelfall und die Grundgebührenaussgestaltung gegeben war. Der Gesetzentwurf wurde damals durch die Regierungsfraktion abgelehnt. Zwischenzeitlich gab es hier bei diesem konkreten Thema bei der einreichenden Fraktion offenbar eine politische Neupositionierung. Dies wird durch die Thüringer Bürgerallianz nicht nur zur Kenntnis genommen, sondern auch ausdrücklich gewürdigt.

Die Thüringer Bürgerallianz unterstützt durchaus das Ziel der Gesetzesinitiative (Gebührenentlastung von Mehrpersonenhaushalten) lehnt die vorgeschlagene Gesetzesänderung aber ab, weil sie ausschließlich Bezug auf die Grundgebührengestaltung nimmt. Durch die konsequente Anwendung von § 12 Abs. 2 Satz 3 ThürKAG kann das Ziel des Gesetzentwurfes erreicht werden. Die Gebührenentlastung von Mehrpersonenhaushalten kann nur unter Einbeziehung der Leistungsgebühren und der Gesamtbetrachtung aller Gebührenbestandteile gelingen.

Zu den aufgeworfenen Einzelfragen:

1.

Verfassungsrechtliche Absicherung der einfachgesetzlichen Gesetzesoption zur degressiven Gestaltung der Abfallgrundgebühren

Stellungnahme:

Nach Artikel 93 Abs. 2 Thüringer Verfassung haben die Gemeinden und Landkreise das Recht, eigene Steuern und andere Abgaben nach Maßgabe der Gesetze zu erheben. Maßgeblich hierfür ist das Thüringer Kommunalabgabengesetz (ThürKAG).

In § 12 ThürKAG sind die Grundsätze der Gebührengestaltung normiert. Nach § 12 Abs. 2 Satz 3 ThürKAG ist die Erhebung von Grundgebühren möglich, wenn in der Mehrzahl der Fälle noch eine angemessene Abrechnung nach dem Verbrauch/die Inanspruchnahme erfolgt. Bei der Wasserver- und Abwasserentsorgung dürfen zudem keine Mindestgebühren erhoben werden.

Ein gesetzliches Verbot degressiver Grundgebühren bei der Abfallwirtschaft gibt es nicht, ebenso fehlt es aber auch an einer ausdrücklichen gesetzlichen Ermächtigung.



Thüringen gegen überhöhte Kommunalabgaben e. V.

In § 12 Abs. 5 ThürKAG findet sich die Ermächtigung für degressive Gebührenmodelle bei der Wasserver- und Abwasserentsorgung, jedoch nicht begrenzt auf die Grundgebühr. Voraussetzung der Gebührendegression ist aber ausdrücklich auch die Kostendegression.

Diese Ausgestaltung des § 12 Abs. 5 ThürKAG lassen den Schluss zu, dass auch eine degressive Grundgebührengestaltung bei den Abfallgebühren eine gesetzliche Ermächtigung bedarf und zwar gekoppelt an den Kosten.

Die Abfallentsorgung gehört zu den kostendeckenden Einrichtungen, d.h. die Gebühren müssen alle Aufwendungen decken, wobei dies auch die angemessene Verzinsung des Anlagevermögens und die Erwirtschaftung eines Überschusses einschließen.

Dieses Kostendeckungsgebot müsste bei degressiven Gebührenmodellen Beachtung finden, ebenso der Grundsatz, dass die Gebührenhöhe der tatsächlichen Inanspruchnahme entspricht.

Eine degressive Grundgebühr führt zu Mindereinnahmen und damit würde die Kostendeckung eventuell verfehlt, soweit nicht an anderer Stelle Mehreinnahmen erzielt werden.

Hier hat der kommunale Aufgabenträger durchaus ein hohes Ermessen, soweit nicht die a-typischen Fälle (Anzahl der Gebührenschuldner, die durch die Degression entlastet werden) eine gewisse Größenordnung überschreiten. Als Maßstab könnte die durch die Rechtsprechung normierte Grenze bei der gesplitteten Abwassergebühr dienen (12 Prozent).

Zudem wäre es möglich, die Degression der Grundgebühr mit der abfallpolitischen Zielstellung der Abfallvermeidung zu koppeln, wobei dies immer nur auch im Zusammenhang mit der Leistungsgebühr gelingen kann.

2.

Voraussetzungen für die degressive Staffelung der Grundgebühren unter sozialen Aspekten Stellungnahme:

Die Thüringer Bürgerallianz hält es für nicht zielführend, bei den Grundgebühren durch eine degressive Ausgestaltung soziale Aspekte zur Wirkung kommen zu lassen. Anstatt Wirkungen zu begegnen, sollte die Ursachen angegangen und hier Lösungen gefunden werden.

Deshalb spricht sich die Bürgerallianz für eine konsequente Anwendung des § 12 Abs. 2 Satz 3 ThürKAG aus. Wenn hier der gesetzliche Rahmen unzureichend ist, muss der Gesetzgeber nachbessern, so wie es er für die Bereiche der Wasserver- und Abwasserentsorgung auch bereits getan hat. D

Die Grundgebühren sollten tatsächlich auf ein Mindestmaß ausgestaltet werden. Entscheidend muss immer die Leistungsgebühr sein. Und bei den Leistungsgebühren könnten dann auch degressive Ausgestaltungen erfolgen, auch nach sozialen Aspekten.

Im Bereich der Abfallentsorgung belegen die Erfahrungen, dass bei Mehrpersonenhaushalten mit steigender Anzahl der Personen die Abfallmenge pro Person ohnehin degressiv ist. Bei einer Dominanz der Leistungsgebühr gegenüber der Grundgebühr kommt es selbst bei linearer Leistungsgebühr in der Summe aller Gebührenbestandteile zu einer degressiven Wirkung.

Diese degressive Wirkung für Mehrpersonenhaushalte ist auch bei der Grundgebühr umsetzbar, wenn hier das Grundstück oder die Wohnungseinheit als Maßstab gewählt wird und nicht wie im Fall des ZASO die Personenzahl im Haushalt.



Thüringen gegen überhöhte Kommunalabgaben e. V.

3.

Verursachergerechte Ausgestaltung der Abfallgebühren

Stellungnahme:

Der Gebührentatbestand des § 12 ThürKAG beinhaltet bereits diesen Grundsatz, wenn auch abstrakt. Demnach müssen Gebühren im direkten (kausalen) Zusammenhang mit der Inanspruchnahme (hier der Abfallerfassung – und -entsorgungssysteme) stehen.

Dieser abstrakte Gebührentatbestand könnte aber durch den Landesgesetzgeber weiter konkretisiert werden. Dies hat der Thüringer Gesetzgeber in § 12 ThürKAG für die Bereiche der Wasserver- und Abwasserentsorgung bereits getan.

4.

Anreize zur Abfallvermeidung durch entsprechende Gebührengestaltungen

Stellungnahme:

Bereits durch das Kreislaufwirtschaftsgesetz sind die Aufgabenträger der Abfallentsorgung aufgefordert, Anreize zur Abfallvermeidung auch über die Ausgestaltung der Gebührensysteme zu schaffen.

Die Thüringer Bürgerallianz unterstützt ausdrücklich derartige Gebührensysteme, die der Abfallvermeidung dienen. Voraussetzungen sind nutzbare und handhabbare technische Systeme für die Abfalltrennung und -erfassung sowie die Abkehr der Dominanz der Grund- (Festgebühren). Zudem sind illegale Abfallentsorgungen konsequent zu verfolgen und zu bestrafen.

Gelöst werden muss auch, dass insbesondere bei Großvermietern die Abfallentsorgungskosten Bestandteil der Betriebskosten sind und dort die Umlagen meist unabhängig vom tatsächlichen Abfallaufkommen nach Wohnfläche erfolgen. Hier muss gesichert werden, dass die tatsächliche Abfallmenge Grundlage der Umlage im Rahmen der Betriebskosten ist.

Wir verkennen dabei nicht, dass es sich hier um eine Rechtsmaterie handelt, die bundesrechtlich ausgestaltet ist.

Mit freundlichem Gruß,

23114/2020

**Formblatt zur Datenerhebung
nach § 5 Abs. 1 des Thüringer Beteiligungstransparenzdokumentationsgesetzes**

Jede natürliche oder juristische Person, die sich mit einem schriftlichen Beitrag an einem Gesetzgebungsverfahren beteiligt hat, ist nach dem Thüringer Beteiligungstransparenzdokumentationsgesetz (ThürBeteilDokG) verpflichtet, die nachfolgend erbetenen Angaben – soweit für sie zutreffend – zu machen.

Die Informationen der folgenden Felder 1 bis 6 werden in jedem Fall als verpflichtende Mindestinformationen gemäß § 5 Abs. 1 ThürBeteilDokG in der Beteiligungstransparenzdokumentation veröffentlicht. Ihr inhaltlicher Beitrag wird zusätzlich nur dann auf den Internetseiten des Thüringer Landtags veröffentlicht, wenn Sie Ihre Zustimmung hierzu erteilen.

Bitte gut leserlich ausfüllen und zusammen mit der Stellungnahme senden!

Zu welchem Gesetzentwurf haben Sie sich schriftlich geäußert (Titel des Gesetzentwurfs)?											
Elftes Gesetz zur Änderung des Thüringer Kommunalabgabengesetzes - Ermöglichung degressiver Müllgebührengestaltung Gesetzentwurf der Fraktion der CDU - Drucksache 7/935 -											
1.	Haben Sie sich als Vertreter einer juristischen Person geäußert, d. h. als Vertreter einer Vereinigung natürlicher Personen oder Sachen (z. B. Verein, GmbH, AG, eingetragene Genossenschaft oder öffentliche Anstalt, Körperschaft des öffentlichen Rechts, Stiftung des öffentlichen Rechts)? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilDokG; Hinweis: Wenn nein, dann weiter mit Frage 2. Wenn ja, dann weiter mit Frage 3.)										
	<table border="1"> <tr> <td>Name</td> <td>Organisationsform</td> </tr> <tr> <td></td> <td>Verband kinderreiche Familien Thüringen e.V.</td> </tr> <tr> <td>Geschäfts- oder Dienstadresse</td> <td>duerst.</td> </tr> <tr> <td>Straße, Hausnummer (oder Postfach)</td> <td>Rott, Treber Str. 2</td> </tr> <tr> <td>Postleitzahl, Ort</td> <td>99423 Weimars</td> </tr> </table>	Name	Organisationsform		Verband kinderreiche Familien Thüringen e.V.	Geschäfts- oder Dienstadresse	duerst.	Straße, Hausnummer (oder Postfach)	Rott, Treber Str. 2	Postleitzahl, Ort	99423 Weimars
	Name	Organisationsform									
		Verband kinderreiche Familien Thüringen e.V.									
	Geschäfts- oder Dienstadresse	duerst.									
	Straße, Hausnummer (oder Postfach)	Rott, Treber Str. 2									
Postleitzahl, Ort	99423 Weimars										
2.	Haben Sie sich als natürliche Person geäußert, d. h. als Privatperson? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilDokG)										
	<table border="1"> <tr> <td>Name</td> <td>Vorname</td> </tr> <tr> <td></td> <td></td> </tr> <tr> <td colspan="2"> <input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse (Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.) </td> </tr> <tr> <td>Straße, Hausnummer</td> <td></td> </tr> <tr> <td>Postleitzahl, Ort</td> <td></td> </tr> </table>	Name	Vorname			<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse (Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)		Straße, Hausnummer		Postleitzahl, Ort	
	Name	Vorname									
	<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse (Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)										
	Straße, Hausnummer										
Postleitzahl, Ort											

3.	Was ist der Schwerpunkt Ihrer inhaltlichen oder beruflichen Tätigkeit? (§ 5 Abs. 1 Nr. 3 ThürBeteilddokG)	
	Interessenvertretung von Familien mit drei und mehr Kindern in Politik, Gesellschaft + Medien + Wirtschaft	
4.	Haben Sie in Ihrem schriftlichen Beitrag die entworfenen Regelungen insgesamt eher	
	<input checked="" type="checkbox"/> befürwortet, <input type="checkbox"/> abgelehnt, <input type="checkbox"/> ergänzungs- bzw. änderungsbedürftig eingeschätzt?	
	Bitte fassen Sie kurz die wesentlichen Inhalte (Kernaussage) Ihres schriftlichen Beitrages zum Gesetzgebungsverfahren zusammen! (§ 5 Abs. 1 Nr. 4 ThürBeteilddokG)	
	bisherige Regelungen sollte dringend durch die Ergänzung in § 12 V Thür KAG werden. Damit erhält die kommunale Ebene Rechtmäßigkeit und kann familienfreundlich die Grundgebühren (degressiv) gestalten	
5.	Wurden Sie vom Landtag gebeten, einen schriftlichen Beitrag zum Gesetzgebungsvorhaben einzureichen? (§ 5 Abs. 1 Nr. 5 ThürBeteilddokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja (Hinweis: weiter mit Frage 6) <input type="checkbox"/> nein	
	Wenn Sie die Frage 5 verneint haben: Aus welchem Anlass haben Sie sich geäußert?	
	In welcher Form haben Sie sich geäußert?	
	<input checked="" type="checkbox"/> per E-Mail <input type="checkbox"/> per Brief	
6.	Haben Sie sich als Anwaltskanzlei im Auftrag eines Auftraggebers mit schriftlichen Beiträgen am Gesetzgebungsverfahren beteiligt? (§ 5 Abs. 1 Nr. 6 ThürBeteilddokG)	
	<input type="checkbox"/> ja <input checked="" type="checkbox"/> nein (weiter mit Frage 7)	
	Wenn Sie die Frage 6 bejaht haben: Bitte benennen Sie Ihren Auftraggeber!	

7.	Stimmen Sie einer Veröffentlichung Ihres schriftlichen Beitrages in der Beteiligentransparenzdokumentation zu? (§ 5 Abs. 1 Satz 2 ThürBeteilG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein

Mit meiner Unterschrift versichere ich die **Richtigkeit und Vollständigkeit der Angaben**. Änderungen in den mitgeteilten Daten werde ich unverzüglich und unaufgefordert bis zum Abschluss des Gesetzgebungsverfahrens mitteilen.

Ort, Datum	Unterschrift
Weimar, 22.09.2020	

Verband für den teilerhelfer Familien
Thüringen e.V.
Thüringer Str. 2
99425 Weimar
thueringen@kinderreiche-familien.de

THÜR. LANDTAG POST
18.09.2020 15:15



Verband kinderreicher
Familien Deutschland e.V.

Landesverband Thüringen

Trierer Straße 2
99423 Weimar

www.thueringen.kinderreichfamilien.de
thueringen@kinderreiche-familien.de

Verband kinderreicher Familien Thüringen e.V.
Trierer Straße 2, 99423 Weimar

Thüringer Landtag
Innen- und Kommunalausschuss
Jürgen-Fuchs-Straße 1
99096 Erfurt

poststelle@landtag.thueringen.de

22067/2020

Weimar, 15.09.2020

**Stellungnahme des Verbandes Kinderreicher Familien Thüringen e.V.
zur Änderung des Thüringer Kommunalabgabengesetzes – Ermöglichung degressiver
Müllgebührengestaltung**
Gesetzentwurf der Fraktion der CDU – DS: 7/935

Sehr geehrte Damen und Herren,

der Verband kinderreiche Familien Thüringen e.V. bedankt sich für die Beteiligung im Anhörungsverfahren gem. § 79 und 111 Abs. 4 der Geschäftsordnung des Thüringer Landtages zum o.g. Gesetz.

Der Verband vertritt seit 2012 in Thüringen die Interessen von Familien mit drei und mehr Kindern und begrüßt die angeregte Gesetzesergänzung in § 12 ThürKAG um den Halbsatz: "Grundgebühren für die Abfallentsorgung können degressiv bemessen werden."

Das Thema liegt dem Verband als Interessenvertreter aller Familien Thüringens am Herzen. Deshalb wünschen wir uns, dass über Parteigrenzen hinweg eine Entscheidung für die Gesetzesergänzung durch den Thüringer Landtag getroffen wird und damit ein wichtiges Signal an alle Familien ausgeht. Das Thema „Familie und ihre finanzielle Belastbarkeit“ sollte nicht nur zu Wahlkampfzeiten in Parteiprogramme aufgenommen werden, sondern wie in diesem Fall zu gemeinschaftlichem Handeln aller Vertreter im Thüringer Landtag führen.

Unbestritten steigt mit jedem Kind in der Familie das Risiko von Kinder- und Familienarmut. Kommunale Abgaben und Gebühren sind oftmals an Familien mit einem oder zwei Kindern ausgerichtet, da der Anteil von Familien mit drei und mehr Kindern nur 10 % der Haushalte beträgt¹. Belange von kinderreichen Familien werden oft nicht oder zu spät erkannt. Ihre Bedarfe werden häufig erst später durch staatliche Zuwendungen und Aufstockungsbeiträge

1

Verband kinderreicher Familien Thüringen e.V.
Trierer Straße 2
99423 Weimar

www.kinderreichfamilien.de
info@kinderreiche-familien.de

Amtsgericht Weimar VR 131347

ausgeglichen. Dabei wünschen sich viele Familien unabhängig von staatlichen Zuwendungen den notwendigen finanziellen Bedarf selbst erwirtschaften zu können. Der zeitliche Aufwand zur Stellung von Anträgen und Vorlage von Nachweisen verlangt Familien mit drei und mehr Kindern viel ab und frustriert, wenn dieser wegen fehlender Voraussetzung (Überschreitung von Einkommensgrenzen) durch die Verwaltung abgelehnt wird. Die aufgewendete Zeit für derartige Verfahren fehlt den Eltern für die eigentlichen Erziehungsaufgaben mit ihren Kindern. Der Faktor Zeit ist in Familien grundsätzlich knapp bemessen.

Die bisherige gesetzliche Regelung führte in der Praxis der Abfallverbände innerhalb Thüringens zu einer unterschiedlichen Handhabung durch die kommunalen Abfallentsorger. Dabei war für den Verband zu beobachten, dass die steigenden Kosten in der Abfallwirtschaft in den letzten Jahren zunehmend ohne Berücksichtigung der Leistungsfähigkeit auf die Einwohner pauschal (linear) umgelegt wurden. Dies führte in der Spitze im Landkreis Saalfeld-Rudolstadt² zu einer Kostensteigerung für einen Haushalt ab fünf Personen im Jahr 2019 im Vergleich zum Vorjahr von 42,86 %. Die Steigerung für Ein-Personenhaushalte betrug im selben Vergleichszeitraum nur 11,87% und lag auch bei zwei-Personenhaushalten bei noch 29,47%.

Die überproportionalen Steigerungen waren / sind von 2.150 Haushalten (vorzugsweise von Familien mit drei und mehr Kindern) zu tragen, wobei der Anteil der Haushalte mit dieser Personenzahl, gemessen an der Gesamtzahl der Haushalte im ZASO-Gebiet, mit insgesamt 97.251³ nur einen Anteil von 2,2% ausmacht.

Der Kostensteigerung stand und steht kein Zuwachs an Leistungen gegenüber, welcher ggf. eine so umfängliche Steigerung rechtfertigen könnte. Vielmehr werden beispielsweise weiterhin nur ein Bescheid pro Haushalt versendet, nur eine Altpapiertonne bereitgestellt und auch alle weiteren, in den Grundgebühren enthaltenen Leistungen haben sich nicht entsprechend der Gebührensteigerung vervielfacht. Wie in zahlreichen Gesprächen dargestellt, betrifft die Regelung Festlegung zu den Grundgebühren, auf die der Nutzer durch sein Abfallverhalten keinen Einfluss hat!

Der Schutz der Umwelt, Ressourcenschonung und Nachhaltigkeit haben in kinderreichen Familien einen hohen Stellenwert. Deshalb ist im Rahmen der Argumentation für die Einführung einer degressiven Berechnung die klare Abtrennung zwischen verbrauchsunabhängigen Grundgebühren und verbrauchsabhängigen Leistungsgebühren wichtig. Haushalte, die mehr Müll im Alltag verbrauchen, sollen dies über angemessene Verbrauchskosten pro Tonne/ Gewicht entsprechend bezahlen. Hier können die kommunalen Träger ihre Berechnungsmodelle nutzen und anwenden.

In den zurückliegenden Jahren hat der Verband in zahlreichen Gesprächen mit den Verbandsvertretern der ZASO, den beteiligten Landräten, dem Thüringern Innenministerium und Vertretern der Fraktionen im Thüringer Landtag auf eine Schließung der Regelungslücke im ThürKAG hingewirkt. Mit der nun eingebrachten Gesetzesänderung besteht gesetzliche Klarheit für die kommunalen Abfallentsorger. Die bestehende Unklarheit in der derzeitigen Gesetzeslage sorgte dafür, dass sich in der Vergangenheit Kreistage nicht in der Lage sahen, eine familienfreundliche Regelung der Abfallgebühren zu beschließen, weil man Gefahr lief,

2 Beispielhaft, andere Landkreise haben im Jahr 2020 ebenfalls ihre Gebührenberechnung geändert und stellen nur noch auf die Anzahl der im Haushalt lebenden Personen/bzw. auf dem Grundstück Lebenden ab (Satzung LK Schmalkalden-Meinungen zum 1.1.2020)

3 Die Zahlen über die Zusammensetzung der Haushaltsgröße wurden dem Verband durch den ZASO für das Jahr 2018 zur Verfügung gestellt:

Haushalte mit 1 Person – 42.857;	Haushalte mit 2 Personen – 33.731;	Haushalte mit 3 Personen – 12.083;
Haushalte mit 4 Personen – 6.430;	Haushalte mit 5 Personen – 1.500;	Haushalte mit 6 Personen – 465;
Haushalte mit 7 Personen – 115;	Haushalte mit 8 Personen – 41;	Haushalte mit 9 Personen – 10;
Haushalte mit 10 Personen – 10;	Haushalte mit 11 Personen – 1;	Haushalte mit 12 Personen – 2;
Haushalte mit 13 Personen – 1;	Haushalte mit 14 Personen – 1	

dass die getroffene Entscheidung durch das Landesverwaltungsamt wieder kassiert worden wäre.

Die nun vorgeschlagene Formulierung schafft Rechtssicherheit für die kommunale Ebene und kann zu mehr Gebührengerechtigkeit führen. Die kommunalen Satzungsgeber können im Rahmen ihrer Selbstverwaltung familienfreundliche Grundgebühren festsetzen und hierbei besonders die Leistungsfähigkeit von Familien mit Kindern berücksichtigen.

Für Rückfragen stehen wir gern zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüßen

Geschäftsführerin KRFT e.V.

Anlage:

- Tabelle 1: Beispielhafte Entwicklung der Grundgebühren **pro Haushalt** im Verbandsgebiet des ZASO – vollständige Abschaffung der Gebühren-Degression zum 1.1.2019
- Tabelle 2: Beispielhafte Entwicklung der Grundgebühren **pro Person** im Verbandsgebiet des ZASO – vollständige Abschaffung der Gebühren-Degression zum 1.1.2019

Haushalts- größe	jährliche Festgebühr 2019	jährliche Festgebühr 2016 – 2018	jährliche Festgebühr 2015	Absolute Erhöhung der Festgebühr 2016 - 2018 (Vergleich 2015)	Absolute Erhöhung der Festgebühr 2019 (Vergleich 2018)	Absolute Erhöhung der Festgebühr 2019 (Vergleich 2015)	Prozentuale Erhöhung der Festgebühr pro Haushalt 2016 – 2018 (Vergleich 2015)	Prozentuale Erhöhung der Festgebühr pro Haushalt 2019 (Vergleich 2018)	Prozentuale Erhöhung der Festgebühr pro Haushalt 2019 (Vergleich 2015)
1 Person	50,88 €	45,48 €	37,20 €	8,28 €	5,40 €	13,68 €	22,26 %	11,87 %	36,77 %
2 Personen	101,76 €	78,60 €	73,20 €	5,40 €	23,16 €	28,56 €	7,38 %	29,47 %	39,02 %
3 Personen	152,64 €	111,72 €	103,80 €	7,92 €	40,92 €	48,84 €	7,63 %	36,66 %	47,05 %
4 Personen	203,52 €	144,84 €	130,80 €	14,04 €	58,68 €	72,72 €	10,73 %	40,51 %	55,60 %
5 Personen	254,40 €	178,08 €	154,80 €	23,28 €	76,32 €	99,60 €	15,04 %	42,86 %	64,34 %
6 Personen	305,28 €	211,20 €	166,20 €	45,00 €	94,08 €	139,08 €	27,08 %	44,50 %	83,68 %
7 Personen	356,16 €	244,32 €	177,60 €	66,72 €	111,84 €	178,56 €	35,30 %	45,78 %	100,54 %
8-Personen	407,04 €	277,44 €	189,00 €	88,44 €	129,60 €	218,04 €	46,79 %	46,71 %	115,37 %
9-Personen	457,92 €	310,56 €	200,40 €	110,16 €	147,36 €	257,52 €	54,97 %	47,45 %	128,50 %
10-Personen	508,80 €	343,68 €	211,80 €	132,00 €	165,12 €	297,00 €	62,27 %	48,04 %	140,23 %

Tabelle 1: Beispielhafte Entwicklung der Grundgebühren **pro Haushalt** im Verbandsgebiet des ZASO – vollständige Abschaffung der Gebühren-Degression zum 1.1.2019

Haushalts-größe / Ordnungszahl	jährliche Fest- gebühr pro Haushalt 2019	jährliche Gebühr pro Person 2019	jährliche Fest- gebühr pro Haushalt 2016 - 2018	jährliche Gebühr pro Person 2016 - 2018	jährliche Fest- gebühr pro Haushalt 2015	jährliche Gebühr pro Person 2015	Prozentuale Erhöhung der Festgebühr pro Person 2016 – 2018 (Vergleich 2015)	Prozentuale Erhöhung der Festgebühr pro Person 2019 (Vergleich 2018)	Prozentuale Erhöhung der Festgebühr pro Person 2019 (Vergleich 2015)
1. Person	50,88 €	50,88 €	45,48 €	45,48 €	37,20 €	37,20 €	22,26 %	11,87 %	36,77 %
2. Personen	101,76 €	50,88 €	78,60 €	33,12 €	73,20 €	36,00 €	- 8,00 %	53,62 %	41,33 %
3. Personen	152,64 €	50,88 €	111,72 €	33,12 €	103,80 €	30,60 €	8,24 %	53,62 %	66,27 %
4. Personen	203,52 €	50,88 €	144,84 €	33,12 €	130,80 €	27,00 €	22,67 %	53,62 %	88,40 %
5. Personen	254,40 €	50,88 €	178,08 €	33,24 €	154,80 €	24,00 €	38,50 %	53,07 %	112,00 %
6. Personen	305,28 €	50,88 €	211,20 €	33,12 €	166,20 €	11,40 €	190,53 %	53,62 %	346,32 %
7. Personen	356,16 €	50,88 €	244,32 €	33,12 €	177,60 €	11,40 €	190,53 %	53,62 %	346,32 %
8. Personen	407,04 €	50,88 €	277,44 €	33,12 €	189,00 €	11,40 €	190,53 %	53,62 %	346,32 %
9. Personen	457,92 €	50,88 €	310,56 €	33,12 €	200,40 €	11,40 €	190,53 %	53,62 %	346,32 %
10. Personen	508,80 €	50,88 €	343,68 €	33,12 €	211,80 €	11,40 €	190,53 %	53,62 %	346,32 %
je weitere Person	50,88 €	50,88 €	33,12 €	33,12 €	11,40 €	11,40 €	190,53 %	53,62 %	346,32 %
	Staffelung linear		Staffelung ab 2. Person linear		Staffelung degressiv				

Tabelle 2: Beispielhafte Entwicklung der Grundgebühren **pro Person** im Verbandsgebiet des ZASO – vollständige Abschaffung der Gebühren-Degression zum 1.1.2019

**Formblatt zur Datenerhebung
nach § 5 Abs. 1 des Thüringer Beteiligentransparenzdocumentationsgesetzes**

Jede natürliche oder juristische Person, die sich mit einem schriftlichen Beitrag an einem Gesetzgebungsverfahren beteiligt hat, ist nach dem Thüringer Beteiligentransparenzdocumentationsgesetz (ThürBeteilDokG) verpflichtet, die nachfolgend erbetenen Angaben – soweit für sie zutreffend – zu machen.

Die Informationen der folgenden Felder 1 bis 6 werden in jedem Fall als verpflichtende Mindestinformationen gemäß § 5 Abs. 1 ThürBeteilDokG in der Beteiligentransparenzdocumentation veröffentlicht. Ihr inhaltlicher Beitrag wird zusätzlich nur dann auf den Internetseiten des Thüringer Landtags veröffentlicht, wenn Sie Ihre Zustimmung hierzu erteilen.


Bitte gut leserlich ausfüllen und zusammen mit der Stellungnahme senden!

Zu welchem Gesetzentwurf haben Sie sich schriftlich geäußert (Titel des Gesetzentwurfs)?	
Elftes Gesetz zur Änderung des Thüringer Kommunalabgabengesetzes - Ermöglichung degressiver Müllgebührengestaltung Gesetzentwurf der Fraktion der CDU - Drucksache 7/935 -	
1.	Haben Sie sich als Vertreter einer juristischen Person geäußert, d. h. als Vertreter einer Vereinigung natürlicher Personen oder Sachen (z. B. Verein, GmbH, AG, eingetragene Genossenschaft oder öffentliche Anstalt, Körperschaft des öffentlichen Rechts, Stiftung des öffentlichen Rechts)? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilDokG; Hinweis: Wenn nein, dann weiter mit Frage 2. Wenn ja, dann weiter mit Frage 3.)
	Name
	Organisationsform
	Geschäfts- oder Dienstadresse
	Straße, Hausnummer (oder Postfach)
	Postleitzahl, Ort
2.	Haben Sie sich als natürliche Person geäußert, d. h. als Privatperson? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilDokG)
	Name
	Vorname
	<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse (Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)
	Straße, Hausnummer
	Postleitzahl, Ort

3.	Was ist der Schwerpunkt Ihrer inhaltlichen oder beruflichen Tätigkeit? (§ 5 Abs. 1 Nr. 3 ThürBeteilddokG)	
	Familienförderung	
4.	Haben Sie in Ihrem schriftlichen Beitrag die entworfenen Regelungen insgesamt eher <input type="checkbox"/> befürwortet, <input type="checkbox"/> abgelehnt, <input type="checkbox"/> ergänzungs- bzw. änderungsbedürftig eingeschätzt?	
	Bitte fassen Sie kurz die wesentlichen Inhalte (Kernaussage) Ihres schriftlichen Beitrages zum Gesetzgebungsverfahren zusammen! (§ 5 Abs. 1 Nr. 4 ThürBeteilddokG)	
	⇒ Grundsatz der Familienfreundlichkeit sollte bei Gesetzesfassung berücksichtigt werden	
5.	Wurden Sie vom Landtag gebeten, einen schriftlichen Beitrag zum Gesetzgebungsvorhaben einzureichen? (§ 5 Abs. 1 Nr. 5 ThürBeteilddokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja (Hinweis: weiter mit Frage 6)	<input type="checkbox"/> nein
	Wenn Sie die Frage 5 verneint haben: Aus welchem Anlass haben Sie sich geäußert?	
	In welcher Form haben Sie sich geäußert?	
	<input checked="" type="checkbox"/> per E-Mail	<input type="checkbox"/> per Brief
6.	Haben Sie sich als Anwaltskanzlei im Auftrag eines Auftraggebers mit schriftlichen Beiträgen am Gesetzgebungsverfahren beteiligt? (§ 5 Abs. 1 Nr. 6 ThürBeteilddokG)	
	<input type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein (weiter mit Frage 7)
	Wenn Sie die Frage 6 bejaht haben: Bitte benennen Sie Ihren Auftraggeber !	

7.	Stimmen Sie einer Veröffentlichung Ihres schriftlichen Beitrages in der Beteiligungstransparenzdokumentation zu? (§ 5 Abs. 1 Satz 2 ThürBeteilldokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein

Mit meiner Unterschrift versichere ich die **Richtigkeit und Vollständigkeit der Angaben**. Änderungen in den mitgeteilten Daten werde ich unverzüglich und unaufgefordert bis zum Abschluss des Gesetzgebungsverfahrens mitteilen.

Ort, Datum	
Erfurt, 18.3.20	

Das Dokument wurde zum Zweck der Veröffentlichung in der BTD bearbeitet.

Deutscher Familienverband

Landesverband Thüringen e.V.

Am Drosselberg 26, 99097 Erfurt

Fon: 0361 / 41 72 000

Fax: 0361 / 42 33 073

Web: www.dfv-thueringen.de

Mail: info@dfv-thueringen.de

THÜR. LANDTAG POST
21.09.2020 07:28

22076/2020

Thüringer Landtag
Innen- und Kommunalausschuss
Jürgen-Fuchs-Str. 1
99096 Erfurt

18.09.2020

Elftes Gesetz zur Änderung des Thüringer Kommunalabgabengesetzes – Ermöglichung degressiver Müllgebührengestaltung

Gesetzentwurf der Fraktion der CDU

Drucksache 7/935

hier: Anhörungsverfahren gemäß § 79 und 111 Abs. 4 der Geschäftsordnung des Thüringer Landtags

Sehr geehrte Damen und Herren,

der Deutsche Familienverband, Landesverband Thüringen e.V. (DFV) hat den o.g. Gesetzentwurf zur Kenntnis genommen und bedankt sich für die Gelegenheit zur Stellungnahme.

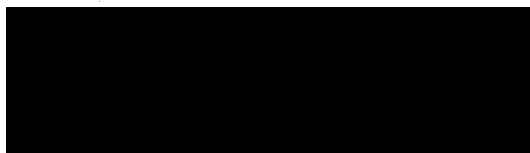
Aus Sicht des DFV Thüringen ist es grundsätzlich positiv zu bewerten, dass die Frage nach der Familienfreundlichkeit Ausschlag für den Gesetzentwurf gegeben hat. Wir würden es generell begrüßen, wenn alle Gesetze bzw. Gesetzesvorlagen, Richtlinien, (Förder)Maßnahmen usw. einem „Familien-TÜV“ unterzogen werden und die Familienfreundlichkeit in Thüringen als Querschnittsaufgabe erkannt wird.

Hinsichtlich der Verfassungsmäßigkeit ist der Gesetzentwurf durch den juristischen Dienst des Landtags bzw. durch einen Verfassungsrechtler zu prüfen.

Wir halten eine **Müll-Grundgebühr** in Höhe der tatsächlich anfallenden Kosten der Abfahrt der Abfälle für gerechtfertigt. Allerdings darf diese sich nicht an der Menge des Abfalls bemessen, sondern könnten sich an der Anzahl und Größe des Abfallgefäßes orientieren und dem Abholzyklus, jedoch nicht an der reinen Personenzahl des Haushalts.

Die zu entsorgende Abfallmenge ist nach dem heutigen Stand der Technik bereits am Müllwagen zu ermitteln, woraus sich dann die Verbrauchs-Kosten je nach Verbrauchsmenge berechnen lassen (und somit zur Müllvermeidung anregen).

Die degressive Gestaltungsmöglichkeit der Grundgebühren (feste Kosten) würde sich daher erübrigen.



Durch den Gesetzgeber ist zu ermitteln, inwiefern die mengenmäßige Erfassung des Müllaufkommens erfolgt, und ob dies bei dem Entsorgungsunternehmen ggf. zu einem erhöhten Investitionsbedarf führt.

Nur der Preis für Müll hilft das Müllaufkommen zu reduzieren. Damit wird angeregt, besser zu sortieren und Schrott, Verpackung, Flaschen und Papier dem Recyclingprozess zuzuführen. Hierdrauf ist natürlich insbesondere im Sinne von Nachhaltigkeit Wert zu legen und nicht auf reine Kostenersparnis.

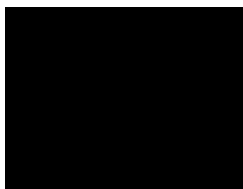
Hilfsweise wäre mit der Möglichkeit der degressive Gebührengestaltung jedoch – insbesondere für große Familien - eine Kostenersparnis möglich. Dies sollte zumindest rechtlich ermöglicht werden, damit Kommunen eine Wahl haben, in welcher Form sie familienfreundliche Gebührengestaltung (auch bei großen Familien) umsetzen können.

Bezüglich der Streichung der **Mindestgebühr bei der Wasserversorgung und Abwasserbeseitigung** ist aus unserer Sicht nicht nachzuvollziehen, warum diese gestrichen werden soll.

Denkbar wäre, die Grundstückseigentümer – insbesondere auf dem Land mit ungenutzten Häusern, die jedoch wasserseitig angeschlossen sind – zu entlasten. Aber hier ist eher darauf hinzuwirken, Wohnraum zu schaffen und ungenutzte Häuser zu erhalten und zu nutzen.

Die bisherigen Mindestgebühren würden bei einem Wegfall jedoch auf die Verbrauchsgebühren umgelegt und gerade Familien mit vielen Personen haben dann mehr Kosten zu tragen und Grundstückseigentümer, die ihre Gebäude nicht nutzen werden „gefördert“. Dies kann unseres Erachtens nach nicht gewollt sein.

Familien mit vielen Personen sind durch eine umgelegte Mindestgebühr auf die Verbrauchsgebühr mehr belastet als z.B. ein kleiner Haushalt.



Das Dokument wurde zum Zweck der Veröffentlichung in der BTd bearbeitet.

**Formblatt zur Datenerhebung
nach § 5 Abs. 1 des Thüringer Beteiligentransparenzdokumentationsgesetzes**

Jede natürliche oder juristische Person, die sich mit einem schriftlichen Beitrag an einem Gesetzgebungsverfahren beteiligt hat, ist nach dem Thüringer Beteiligentransparenzdokumentationsgesetz (ThürBeteilDokG) verpflichtet, die nachfolgend erbetenen Angaben – soweit für sie zutreffend – zu machen.

Die Informationen der folgenden Felder 1 bis 6 werden in jedem Fall als verpflichtende Mindestinformationen gemäß § 5 Abs. 1 ThürBeteilDokG in der Beteiligentransparenzdokumentation veröffentlicht. Ihr inhaltlicher Beitrag wird zusätzlich nur dann auf den Internetseiten des Thüringer Landtags veröffentlicht, wenn Sie Ihre Zustimmung hierzu erteilen.

Bitte gut leserlich ausfüllen und zusammen mit der Stellungnahme senden!

Zu welchem Gesetzentwurf haben Sie sich schriftlich geäußert (Titel des Gesetzentwurfs)?											
Elftes Gesetz zur Änderung des Thüringer Kommunalabgabengesetzes – Ermöglichung degressiver Müllgebührengestaltung, Entwurf der Fraktion der CDU (Drs. 7/935)											
1	Haben Sie sich als Vertreter einer juristischen Person geäußert, d. h. als Vertreter einer Vereinigung natürlicher Personen oder Sachen (z. B. Verein, GmbH, AG, eingetragene Genossenschaft oder öffentliche Anstalt, Körperschaft des öffentlichen Rechts, Stiftung des öffentlichen Rechts)? <small>(§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilDokG; Hinweis: Wenn nein, dann weiter mit Frage 2. Wenn ja, dann weiter mit Frage 3.)</small>										
	<table border="1" style="width: 100%; border-collapse: collapse;"> <tr> <td style="width: 50%;">Name</td> <td style="width: 50%;">Organisationsform</td> </tr> <tr> <td>Thüringischer Landkreistag</td> <td>e.V.</td> </tr> <tr> <td>Geschäfts- oder Dienstadresse</td> <td></td> </tr> <tr> <td>Straße, Hausnummer (oder Postfach)</td> <td>Richard-Breslau-Str. 13</td> </tr> <tr> <td>Postleitzahl, Ort</td> <td>99094 Erfurt</td> </tr> </table>	Name	Organisationsform	Thüringischer Landkreistag	e.V.	Geschäfts- oder Dienstadresse		Straße, Hausnummer (oder Postfach)	Richard-Breslau-Str. 13	Postleitzahl, Ort	99094 Erfurt
	Name	Organisationsform									
	Thüringischer Landkreistag	e.V.									
	Geschäfts- oder Dienstadresse										
	Straße, Hausnummer (oder Postfach)	Richard-Breslau-Str. 13									
Postleitzahl, Ort	99094 Erfurt										
2	Haben Sie sich als natürliche Person geäußert, d. h. als Privatperson? <small>(§ 5 Abs. 1 Nr. 2 ThürBeteilDokG)</small>										
	<table border="1" style="width: 100%; border-collapse: collapse;"> <tr> <td style="width: 50%;">Name</td> <td style="width: 50%;">Vorname</td> </tr> <tr> <td></td> <td></td> </tr> <tr> <td colspan="2"> <input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse <small>(Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)</small> </td> </tr> <tr> <td>Straße, Hausnummer</td> <td></td> </tr> <tr> <td>Postleitzahl, Ort</td> <td></td> </tr> </table>	Name	Vorname			<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse <small>(Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)</small>		Straße, Hausnummer		Postleitzahl, Ort	
	Name	Vorname									
	<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse <small>(Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)</small>										
	Straße, Hausnummer										
Postleitzahl, Ort											

3	Was ist der Schwerpunkt Ihrer inhaltlichen oder beruflichen Tätigkeit? (§ 5 Abs. 1 Nr. 3 ThürBeteilldokG)	
	Kommunaler Spitzenverband i.S.v. §§ 126, 127 ThürKO, Art. 91 Abs. 4 ThürVerf	
4	Haben Sie in Ihrem schriftlichen Beitrag die entworfenen Regelungen insgesamt eher <input checked="" type="checkbox"/> befürwortet, <input type="checkbox"/> abgelehnt, <input type="checkbox"/> ergänzungs- bzw. änderungsbedürftig eingeschätzt?	
	Bitte fassen Sie kurz die wesentlichen Inhalte (Kernaussage) Ihres schriftlichen Beitrages zum Gesetzgebungsverfahren zusammen! (§ 5 Abs. 1 Nr. 4 ThürBeteilldokG)	
	Bewertung des Gesetzentwurfes / Verordnungsentwurfes aus kreislicher Perspektive	
5	Würden Sie vom Landtag gebeten, einen schriftlichen Beitrag zum Gesetzgebungsvorhaben einzureichen? (§ 5 Abs. 1 Nr. 5 ThürBeteilldokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja (Hinweis: weiter mit Frage 6)	<input type="checkbox"/> nein
	Wenn Sie die Frage 5 verneint haben: Aus welchem Anlass haben Sie sich geäußert?	
	In welcher Form haben Sie sich geäußert?	
	<input type="checkbox"/> per E-Mail	
	<input type="checkbox"/> per Brief	
6	Haben Sie sich als Anwaltskanzlei im Auftrag eines Auftraggebers mit schriftlichen Beiträgen am Gesetzgebungsverfahren beteiligt? (§ 5 Abs. 1 Nr. 6 ThürBeteilldokG)	
	<input type="checkbox"/> ja	<input checked="" type="checkbox"/> nein (weiter mit Frage 7)
	Wenn Sie die Frage 6 bejaht haben: Bitte benennen Sie Ihren Auftraggeber!	

7	Stimmen Sie einer Veröffentlichung Ihres schriftlichen Beitrages in der Beteiligientransparenzdokumentation zu? (§ 8 Abs. 1 Satz 2 ThürBeteilDG)	
	<input type="checkbox"/> ja	<input checked="" type="checkbox"/> nein

Mit meiner Unterschrift versichere ich die **Richtigkeit und Vollständigkeit der Angaben**. Änderungen in den mitgeteilten Daten werde ich unverzüglich und unaufgefordert bis zum Abschluss des Gesetzgebungsverfahrens mitteilen.

Ort, Datum	Unterschrift
Erfurt, den 18.09.2020	

Formblatt zur Datenerhebung
nach § 5 Abs. 1 des Thüringer Beteiligtentransparenzdokumentationsgesetzes

Jede natürliche oder juristische Person, die sich mit einem schriftlichen Beitrag an einem Gesetzgebungsverfahren beteiligt hat, ist nach dem Thüringer Beteiligtentransparenzdokumentationsgesetz (ThürBeteilldokG) verpflichtet, die nachfolgend erbetenen Angaben – soweit für sie zutreffend – zu machen.

Die Informationen der folgenden Felder 1 bis 6 werden in jedem Fall als verpflichtende Mindestinformationen gemäß § 5 Abs. 1 ThürBeteilldokG in der Beteiligtentransparenzdokumentation veröffentlicht. Ihr inhaltlicher Beitrag wird zusätzlich nur dann auf den Internetseiten des Thüringer Landtags veröffentlicht, wenn Sie Ihre Zustimmung hierzu erteilen.

Bitte gut leserlich ausfüllen und zusammen mit der Stellungnahme senden!

Zu welchem Gesetzentwurf haben Sie sich schriftlich geäußert (Titel des Gesetzentwurfs)?											
Elftes Gesetz zur Änderung des Thüringer Kommunalabgabengesetzes - Ermöglichung degressiver Müllgebührengestaltung Gesetzentwurf der Fraktion der CDU - Drucksache 7/935 -											
1.	Haben Sie sich als juristischen Person geäußert, d. h. als Vertreter einer Vereinigung natürlicher Personen oder Sachen (z. B. Verein, GmbH, AG, eingetragene Genossenschaft oder öffentliche Anstalt, Körperschaft des öffentlichen Rechts, Stiftung des öffentlichen Rechts)? <small>(§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilldokG; Hinweis: Wenn nein, dann weiter mit Frage 2. Wenn ja, dann weiter mit Frage 3.)</small>										
1.	<table border="1" style="width: 100%; border-collapse: collapse;"> <tr> <td style="width: 50%;">Name</td> <td style="width: 50%;">Organisationsform</td> </tr> <tr> <td style="height: 40px; vertical-align: bottom;">VGN e.V.</td> <td style="height: 40px; vertical-align: bottom;">Verband / Verein</td> </tr> <tr> <td>Geschäfts- oder Dienstadresse</td> <td></td> </tr> <tr> <td>Straße, Hausnummer (oder Postfach)</td> <td style="height: 40px; vertical-align: bottom;">Hrmarshof 22</td> </tr> <tr> <td>Postleitzahl, Ort</td> <td style="height: 40px; vertical-align: bottom;">12683 Berlin</td> </tr> </table>	Name	Organisationsform	VGN e.V.	Verband / Verein	Geschäfts- oder Dienstadresse		Straße, Hausnummer (oder Postfach)	Hrmarshof 22	Postleitzahl, Ort	12683 Berlin
	Name	Organisationsform									
	VGN e.V.	Verband / Verein									
	Geschäfts- oder Dienstadresse										
	Straße, Hausnummer (oder Postfach)	Hrmarshof 22									
Postleitzahl, Ort	12683 Berlin										
2. Haben Sie sich als natürliche Person geäußert, d. h. als Privatperson? <small>(§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilldokG)</small>											
2.	<table border="1" style="width: 100%; border-collapse: collapse;"> <tr> <td style="width: 50%;">Name</td> <td style="width: 50%;">Vorname</td> </tr> <tr> <td style="height: 40px;"></td> <td style="height: 40px;"></td> </tr> <tr> <td colspan="2"> <input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse <small>(Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)</small> </td> </tr> <tr> <td style="height: 40px; vertical-align: bottom;">Straße, Hausnummer</td> <td style="height: 40px;"></td> </tr> <tr> <td style="height: 40px; vertical-align: bottom;">Postleitzahl, Ort</td> <td style="height: 40px;"></td> </tr> </table>	Name	Vorname			<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse <small>(Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)</small>		Straße, Hausnummer		Postleitzahl, Ort	
	Name	Vorname									
	<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse <small>(Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)</small>										
	Straße, Hausnummer										
Postleitzahl, Ort											

3.	Was ist der Schwerpunkt Ihrer inhaltlichen oder beruflichen Tätigkeit? (§ 5 Abs. 1 Nr. 3 ThürBeteilldokG)	
	Verbandsleiter für Senioren	
4.	Haben Sie in Ihrem schriftlichen Beitrag die entworfenen Regelungen insgesamt eher <input type="checkbox"/> befürwortet, <input type="checkbox"/> abgelehnt, <input checked="" type="checkbox"/> ergänzungs- bzw. änderungsbedürftig eingeschätzt?	
	Bitte fassen Sie kurz die wesentlichen Inhalte (Kernaussage) Ihres schriftlichen Beitrages zum Gesetzgebungsverfahren zusammen! (§ 5 Abs. 1 Nr. 4 ThürBeteilldokG)	
	grundsätzlich beibehalten, auf Inhalt + Prop. als Defizit bereits beschränkt	
5.	Wurden Sie vom Landtag gebeten, einen schriftlichen Beitrag zum Gesetzgebungsvorhaben einzureichen? (§ 5 Abs. 1 Nr. 5 ThürBeteilldokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja (Hinweis: weiter mit Frage 6)	<input type="checkbox"/> nein
	Wenn Sie die Frage 5 verneint haben: Aus welchem Anlass haben Sie sich geäußert?	
	In welcher Form haben Sie sich geäußert?	
	<input type="checkbox"/> per E-Mail	
	<input checked="" type="checkbox"/> per Brief	
6.	Haben Sie sich als Anwaltskanzlei im Auftrag eines Auftraggebers mit schriftlichen Beiträgen am Gesetzgebungsverfahren beteiligt? (§ 5 Abs. 1 Nr. 6 ThürBeteilldokG)	
	<input type="checkbox"/> ja	<input checked="" type="checkbox"/> nein (weiter mit Frage 7)
	Wenn Sie die Frage 6 bejaht haben: Bitte benennen Sie Ihren Auftraggeber!	

7.	Stimmen Sie einer Veröffentlichung Ihres schriftlichen Beitrages in der Beteiligtentransparenzdokumentation zu? (§ 5 Abs. 1 Satz 2 ThürBeteilldokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein

Mit meiner Unterschrift versichere ich die **Richtigkeit und Vollständigkeit der Angaben**. Änderungen in den mitgeteilten Daten werde ich unverzüglich und unaufgefordert bis zum Abschluss des Gesetzgebungsverfahrens mitteilen.

Ort, Datum	Unterschrift
<i>Seelitz, 29.09.20</i>	

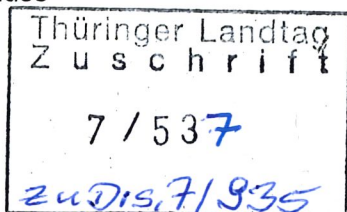
Das Dokument wurde zum Zweck der Veröffentlichung in der BTD bearbeitet.

VDGN e.V. • Irmastraße 22 • 12683 Berlin

Thüringer Landtag
Innen- und Kommunalausschuss
Jürgen-Fuchs-Straße 1
99096 Erfurt

THÜR. LANDTAG POST
22.09.2020 10:00

21961/2020



Hauptgeschäftsstelle
Postanschrift
Irmastraße 22
12683 Berlin
Tel.: 030 / 514 888-0
Fax: 030 / 514 888-78
E-Mail: info@vdgn.de
Internet: www.vdgn.de

Steuernummer: 27 / 628 / 50912

**Elftes Gesetz zur Änderung des Thüringer Kommunalabgabengesetzes –
Ermöglichung degressiver Müllgebührengestaltung; Gesetzentwurf der Fraktion der
CDU
– Drucksache 7/935 –**

hier: Anhörungsverfahren gemäß §§ 79 und 111 Abs. 4 der Geschäftsordnung des Thüringer
Landtags, – Drs. 7/935

Den Mitgliedern des

Sehr geehrte Damen und Herren,

..... J. A. J. K. R.

zu dem im Betreff genannten Gesetzentwurf nehme ich namens unseres Verbandes wie folgt
Stellung:

„Eine degressive Ausgestaltung der Grundgebühren bei der Entsorgung der Abfälle aus
privaten Haushalten erscheint aus der Sicht unseres Verbandes nicht zielführend.

Gemäß § 12 Abs. 1 S. 1 ThürKAG ist bei der Berechnung der Gebühren für die
Abfallentsorgung das Kostendeckungsprinzip zu beachten; da Benutzungszwang besteht,
soll das Aufkommen diese zu deckenden Kosten nicht übersteigen.

Aus unserer Sicht erscheint daher die ohnehin vom Gesetzgeber nicht zwingend
vorgegebene, sondern lediglich mögliche Erhebung einer auf die Anzahl der Personen
bezogene Grundgebühr zur Deckung der verbrauchsunabhängigen Kosten im Bereich der
Abfallentsorgung unzweckmäßig.

Daran wird eine degressive Müllgebührengestaltung im Grundsatz nichts ändern.

Aus unserer Sicht könnte das Problem gelöst werden, indem die Vorschrift des § 12 Abs. 2
ThürKAG durch folgenden Satz 5 ergänzt wird:

„Bei der Abfallentsorgung ist eine Grundgebühr, bezogen auf die Anzahl und Größe der
bereitgestellten Restabfallbehälter, zu erheben. Die Benutzungsgebühr (Leistungsgebühr) ist
nach Art und Umfang der Inanspruchnahme der Einrichtung zu bemessen
(Wirklichkeitsmaßstab).“

Interessenvertreter der Eigentümer von Eigenheimen, Wohnungen und Grundstücken
sowie der Pächter von Wochenend-, Kleingarten- und Garagengrundstücken

Diese ergänzende Regelung hätte einen doppelten positiven Effekt:

- zum einen würden personenstarke Haushalte, insbesondere kinderreiche Familien, aber auch kleinere Haushalte finanziell entlastet, da geringere Grundgebühren anfallen
- zum anderen wäre damit ein im Interesse sowohl des Gesetzgebers als auch der Allgemeinheit liegender zusätzlicher Anreiz zur Abfallvermeidung, -reduzierung, -trennung und -verwertung geschaffen“

Mit freundlichen Grüßen

4. Eigeninitiativ eingebrachte Beiträge

Die folgenden natürlichen und juristischen Personen haben sich eigeninitiativ beteiligt.

Dr. Werner Thomas

Die Beiträge der Beteiligten sind in der Beteiligentransparenzdokumentation nur enthalten, wenn die Zustimmung zur Veröffentlichung erteilt wurde.

24303/2020

**Formblatt zur Datenerhebung
nach § 5 Abs. 1 des Thüringer Beteiligungstransparenzgesetzes**

Jede natürliche oder juristische Person, die sich mit einem schriftlichen Beitrag an einem Gesetzgebungsverfahren beteiligt hat, ist nach dem Thüringer Beteiligungstransparenzgesetz (ThürBeteilG) verpflichtet, die nachfolgend erbetenen Angaben – soweit für sie zutreffend – zu machen.

Die Informationen der folgenden Felder 1 bis 6 werden in jedem Fall als verpflichtende Mindestinformationen gemäß § 5 Abs. 1 ThürBeteilG in der Beteiligungstransparenzdokumentation veröffentlicht. Ihr inhaltlicher Beitrag wird zusätzlich nur dann auf den Internetseiten des Thüringer Landtags veröffentlicht, wenn Sie Ihre Zustimmung hierzu erteilen.


Bitte gut leserlich ausfüllen und zusammen mit der Stellungnahme senden!

Zu welchem Gesetzentwurf haben Sie sich schriftlich geäußert (Titel des Gesetzentwurfs)?											
Elftes Gesetz zur Änderung des Thüringer Kommunalabgabengesetzes - Ermöglichung degressiver Müllgebührengestaltung Gesetzentwurf der Fraktion der CDU - Drucksache 7/935 -											
1.	Haben Sie sich als juristischen Person geäußert, d. h. als Vertreter einer Vereinigung natürlicher Personen oder Sachen (z. B. Verein, GmbH, AG, eingetragene Genossenschaft oder öffentliche Anstalt, Körperschaft des öffentlichen Rechts, Stiftung des öffentlichen Rechts)? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilG; Hinweis: Wenn nein, dann weiter mit Frage 2. Wenn ja, dann weiter mit Frage 3.)										
	<table border="1"> <tr> <td>Name</td> <td>Organisationsform</td> </tr> <tr> <td> </td> <td> </td> </tr> <tr> <td>Geschäfts- oder Dienstadresse</td> <td> </td> </tr> <tr> <td>Straße, Hausnummer (oder Postfach)</td> <td> </td> </tr> <tr> <td>Postleitzahl, Ort</td> <td> </td> </tr> </table>	Name	Organisationsform			Geschäfts- oder Dienstadresse		Straße, Hausnummer (oder Postfach)		Postleitzahl, Ort	
	Name	Organisationsform									
	Geschäfts- oder Dienstadresse										
	Straße, Hausnummer (oder Postfach)										
Postleitzahl, Ort											
2.	Haben Sie sich als natürliche Person geäußert, d. h. als Privatperson? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilG)										
	<table border="1"> <tr> <td>Name</td> <td>Vorname</td> </tr> <tr> <td>Dr. Thomas</td> <td>Werner</td> </tr> <tr> <td colspan="2"> <input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input checked="" type="checkbox"/> Wohnadresse (Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.) </td> </tr> <tr> <td>Straße, Hausnummer</td> <td> </td> </tr> <tr> <td>Postleitzahl, Ort</td> <td> </td> </tr> </table>	Name	Vorname	Dr. Thomas	Werner	<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input checked="" type="checkbox"/> Wohnadresse (Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)		Straße, Hausnummer		Postleitzahl, Ort	
	Name	Vorname									
	Dr. Thomas	Werner									
	<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input checked="" type="checkbox"/> Wohnadresse (Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)										
	Straße, Hausnummer										
Postleitzahl, Ort											

3.	Was ist der Schwerpunkt Ihrer inhaltlichen oder beruflichen Tätigkeit? (§ 5 Abs. 1 Nr. 3 ThürBeteilddokG)	
	Mein Beruf ist Maschinenbauingenieur. Ich war Kraft Amtes als Landrat Mitglied der Verbandsversammlung des ersten durch zwei Landkreise gebildeten Zweckverbandes Abfallentsorgung Saale-Orla in Thüringen von 1994 bis 2000 und bin ehrenamtlich als gewähltes Kreistagsmitglied Mitglied der Verbandsversammlung seit 2004 bis heute.	
4.	Haben Sie in Ihrem schriftlichen Beitrag die entworfenen Regelungen insgesamt eher <input checked="" type="checkbox"/> befürwortet, <input type="checkbox"/> abgelehnt, <input type="checkbox"/> ergänzungs- bzw. änderungsbedürftig eingeschätzt?	
	Bitte fassen Sie kurz die wesentlichen Inhalte (Kernaussage) Ihres schriftlichen Beitrages zum Gesetzgebungsverfahren zusammen! (§ 5 Abs. 1 Nr. 4 ThürBeteilddokG)	
	Die Gesetzesänderung hätte bereits in den neunziger Jahren des vorigen Jahrhunderts mit der Einführung der Möglichkeit degressiver Wassergrundgebühren vorgenommen werden müssen; stellt lediglich ein Versäumnis ab, verpflichtet keinen Abfallentsorger zu degressiven Grundgebühren, sondern bedeutet allein eine Kannbestimmung, von der deshalb außerordentlich gut begründet Gebrauch gemacht werden kann (und nicht muß), weil die unhänderlich anfallenden Kosten für das Anfahren und Wegfahren von Müllsammelfahrzeugen, die Lohnkosten der Fahrzeugbesatzung, die Verwaltung der Gebührenbescheide, der Gebühreneinzug, die Hausmüllsammelorganisation und manches andere bei allen Haushalten gleich hoch und unabhängig von 1 oder 5 Personen pro Haushalt und in keiner Weise von der anfallenden Hausmüllmenge abhängig sind.	
5.	Wurden Sie vom Landtag gebeten, einen schriftlichen Beitrag zum Gesetzgebungsvorhaben einzureichen? (§ 5 Abs. 1 Nr. 5 ThürBeteilddokG)	
	<input type="checkbox"/> ja (Hinweis: weiter mit Frage 6)	<input checked="" type="checkbox"/> nein
	Wenn Sie die Frage 5 verneint haben: Aus welchem Anlass haben Sie sich geäußert?	
	Ich verursachte das Gesetzesvorhaben, weil die im Punkt 4. aufgeführten Argumente außerordentlich logisch und vernünftig sind. Die Erkenntnisse erwachsen aus einem Vierteljahrhundert Verbandsarbeit aus dem ausgeprägten Ansatz heraus, daß verbindliche Gebühren Bürgern nur in begründeter Größe und detaillierter Bemessenheit auferlegt werden dürfen, weil sie eine vernünftige Akzeptanz durch die Bürger besitzen müssen. Aus diesem Grund bin ich seit der Gründung des Abfallentsorgungszweckverbandes Mitglied der Verbandsversammlung.	
	In welcher Form haben Sie sich geäußert?	
	<input checked="" type="checkbox"/> per E-Mail	<input type="checkbox"/> per Brief
6.	Haben Sie sich als Anwaltskanzlei im Auftrag eines Auftraggebers mit schriftlichen Beiträgen am Gesetzgebungsverfahren beteiligt? (§ 5 Abs. 1 Nr. 6 ThürBeteilddokG)	
	<input type="checkbox"/> ja	<input checked="" type="checkbox"/> nein (weiter mit Frage 7)
	Wenn Sie die Frage 6 bejaht haben: Bitte benennen Sie Ihren Auftraggeber!	

7.	Stimmen Sie einer Veröffentlichung Ihres schriftlichen Beitrages in der Beteiligungstransparenzdokumentation zu? (§ 5 Abs. 1 Satz 2 ThürBeteilG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein

Mit meiner Unterschrift versichere ich die **Richtigkeit und Vollständigkeit der Angaben**. Änderungen in den mitgeteilten Daten werde ich unverzüglich und unaufgefordert bis zum Abschluss des Gesetzgebungsverfahrens mitteilen.

Ort, Datum	Unterschrift
Rudolstadt, den 12.10.2020	

Dr. Werner Thomas

THÜR. LANDTAG POST
06.10.2020 09:11

, den 4.10.20

23681/2020

Entwurf der CDU-Fraktion für ein 11. Gesetz zur Änderung von §12ThürKAG

(Drs. 7/935) -

Stellungnahme des GemStbd vom 16.9.20

Sehr geehrte Damen und Herren,

die Stellungnahme des GemStbd Thüringen provoziert folgende Anmerkungen zu senden:

1. Seite 1, letzter Absatz, Seite 2, erster Absatz

Der §12(5)ThürKAG stellt eindeutig auf Wasser- und Abwasser-Gebühren ab. Bis zur Einführung bzw. Änderung von §12(2)ThürKAG lebte die gesamte Landesverwaltung von Landtag, Landesbehörden und kommunalen Körperschaften ausschließlich damit, daß für alle kommunalen Versorgungs- und Entsorgungsaufgaben ausschließlich linear gestaltete Gebühren kalkuliert werden durften.

Die Einführung der rechtlichen Möglichkeit progressiver und degressiver Gestaltung der Gebühren für die Trinkwasserversorgung und Abwasserentsorgung in der derzeitigen Fassung des §12(5)ThürKAG in den letzten neunziger Jahren geschah nicht ohne Bedenken mit dem Ziel, diese zusätzlichen Kalkulationsmöglichkeiten ausdrücklich zu ermöglichen. Wenn ohne diese damalige Änderung des ThürKAG die Möglichkeit bestanden hätte, eine beispielsweise degressive Gebührengestaltung herbeizuführen, hätte es der Gesetzesänderung nicht bedurft.

Man formulierte damals diese zusätzliche Möglichkeit der Gebührengestaltung ausdrücklich für Trinkwasser und Abwasser. Man erstreckte die damalige Gesetzesänderung nicht auf die Abfallentsorgung. Da man damals die Rechtslage so ansah, daß nicht erlaubt ist, was nicht im Gesetz steht, war sich der Gesetzgeber im klaren, daß die zusätzliche Erlaubnis einer degressiven Gebührengestaltung eben ausschließlich für Trinkwasser und Abwasser geschaffen wurde.

Weiter leben wir im kommunalen Rechtsleben seit Jahrzehnten mit dem immer wieder vorgetragenen Grundsatz, daß nicht erlaubt ist, was nicht ausdrücklich im Gesetzestext steht.

In den oben genannten Absätzen geht der GemStbd in seiner Darstellung fehl.

2. Seite 2, Absatz 2 und 3

Indem der GemStbd auf §6(5)ThürAGKrWG in Verbindung mit §12(4)ThürKAG verweist, beschreitet er eine argumentative Vermischung von Grundgebühren einerseits und leistungsabhängigen Gebühren andererseits. Das schafft nicht Verdeutlichung des Sachverhalts, sondern Verwirrung.

Der vorliegende Gesetzesentwurf stellt ausdrücklich und konkret allein auf Grundgebühren ab. Der GemStbd argumentiert in Bezug auf die Vermeidung von Abfällen, die wesentlich und zuallererst von leistungsabhängigen Gebühren abhängig ist. In zweiter Linie berührt die Vermeidung von Abfällen die Verteilung der gesamten Abfallentsorgungskosten auf die Grundgebühren einerseits und die leistungsabhängigen Gebühren andererseits. Damit wird in keiner Weise die Frage nach degressiven oder linearen Grundgebühren berührt.

3. Seite 2, vorletzter Absatz

Auch im vorletzten Absatz betreibt der GemStbd eine argumentative Vermischung von Abfallvermeidung mit rein sachlichen logischen mathematischen Beziehungen der Grundgebühren zu Haushalten mit unterschiedlich viel Personen. Es geht im vorliegenden Gesetzentwurf nicht um den sparsamen Verbrauch von Trinkwasser oder den Umweltschutz. Leider vermischt der derzeit geltende §12(5)ThürKAG selbst die Ressourcenschonung mit betriebswirtschaftlichen Aspekten der Gebührenbemessung. Der Text des neuen §12(2)ThürKAG bezieht sich im Satz 4 auf „verbrauchs**unabhängige** Kosten“.

4. Seite 2, letzter Absatz

Der GemStbd behauptet wiederholt die angeblich bereits bestehende gesetzliche Erlaubnis, Grundgebühren degressiv bemessen zu dürfen. Dazu wird hier verwiesen, daß die kommunalen Gebietskörperschaften regelmäßig kommunalaufsichtlich und verwaltungsgerichtlich belehrt werden, daß nicht möglich ist, was gesetzestextlich nicht ausdrücklich erlaubt ist.

5. Seite 3, dritter Absatz

Der GemStbd behauptet, mit dem Gesetzentwurf würde in der kommunalen Ebene eine zunehmende Verunsicherung eintreten.

Zugleich wird behauptet, eine Änderung des ThürKAG gemäß des Gesetzentwurfes würde den Handlungsspielraum der kreisfreien Städte durch neue einengende Bestimmungen einschränken.

Zu ersterem wird entgegnet, daß durch eine Gesetzesänderung eine Verunsicherung in keiner Weise eintreten wird. Dies ist eine blanke und böswillige Erfindung.

Die zweite Aussage erweckt den Eindruck, daß der Verfasser der Stellungnahme des GemStbd den Text des Gesetzentwurfes nicht vollständig zu Kenntnis nahm. Der Text des neuen §12(2)ThürKAG besteht aus sechs Sätzen. Im Satz 5 ist für die Grundgebühren eindeutig ein Kannbestimmung formuliert, keine Vorschrift.

Zweckverbandes Abfallentsorgung Saale-Orla
(der Landkreise Saale-Orla und Saalfeld-Rudolstadt)
Mitglied der Verbandsversammlung seit der Gründung

5. Weitere Beiträge

(Keine Dokumente vorhanden)

6. Diskussionsforum

(Keine Dokumente vorhanden)